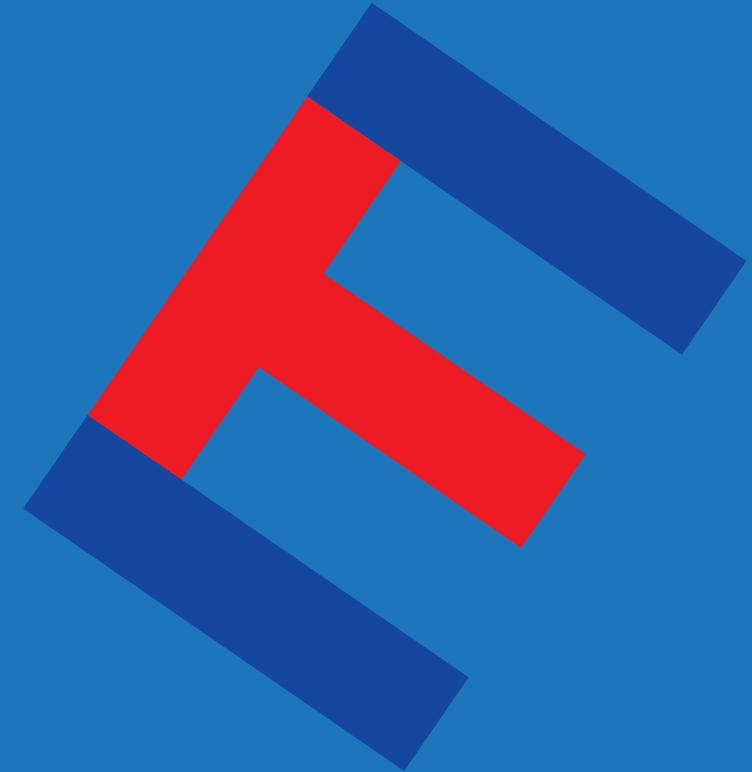


Kommt der EU-Beitrittsprozess der Türkei zu einem Stillstand? Hat der offene Widerstand einiger europäischer Politiker gegen eine türkische Mitgliedschaft zu einer Verlangsamung des türkischen Reformprozesses in den vergangenen Jahren geführt oder war es die mangelnde Entschlossenheit der Regierung in Ankara? Besteht in der türkischen Gesellschaft eine Gefahr der "schleichenden Islamisierung"? Wie stehen die Chancen für eine Lösung der Kurdenfrage, des Zypernproblems und der Meinungsverschiedenheiten mit Armenien? Kann die wichtige neue geopolitische Rolle der Türkei in der Region ein Aktivposten für die Europäische Union sein?

Diese und andere Fragen werden in diesem Bericht der Unabhängigen Türkei-Kommission beantwortet. Die Unabhängige Kommission wurde von prominenten europäischen Politikern mit dem Ziel gegründet, einige der drängendsten Aspekte des türkischen EU-Beitritts zu analysieren. Ihr erster Bericht Die Türkei in Europa: Mehr als ein Versprechen? wurde im September 2004 veröffentlicht.

Die Türkei in Europa

Den Teufelskreis durchbrechen



Die Türkei in Europa

Den Teufelskreis durchbrechen

**Zweiter Bericht der Unabhängigen Türkei-Kommission
September 2009**

Unabhängige Türkei-Kommission

Martti Ahtisaari (Vorsitzender)

Ehemaliger Präsident von Finnland
Friedensnobelpreisträger 2008

Kurt Biedenkopf

Ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen, Deutschland

Emma Bonino

Ehemalige Europäische Kommissarin
Ehemalige Ministerin für internationalen Handel und europäische
Angelegenheiten, Italien
Vizepräsidentin des italienischen Senats

Hans van den Broek

Ehemaliger Außenminister der Niederlande
Ehemaliger Europäischer Kommissar

Bronisław Geremek († 13. Juli 2008)

Ehemaliger Außenminister Polens

Anthony Giddens

Ehemaliger Direktor der London School of Economics and
Political Science

Marcelino Oreja Aguirre

Ehemaliger Außenminister Spaniens
Ehemaliger Generalsekretär des Europarates
Ehemaliger Europäischer Kommissar

Michel Rocard

Ehemaliger Premierminister Frankreichs

Albert Rohan (Berichterstatter)

Ehemaliger Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten,
Österreich

Die Unabhängige Türkei-Kommission wird von der Open Society-Stiftung und dem British Council unterstützt. Die Unabhängige Türkei-Kommission dankt Hugh Pope für seine Unterstützung bei der Vorbereitung dieses Berichts.

Inhalt

6	Einleitung
9	I Wird die Türkei fair behandelt?
15	II Die verpassten Reformchancen der Türkei
20	III Neue Dringlichkeit in Zypern
25	IV Das Kurdenproblem
30	V Die Türkei und ihre Region
36	VI Die Öffnung der Türkei zu Armenien
40	VII Islam und der säkulare türkische Staat
44	VIII Ökonomische Widerstandskraft
51	Schlussfolgerungen
57	Anhang: Schlussfolgerungen des Berichts der Unabhängigen Türkei-Kommission 2004

Einleitung

Die Unabhängige Türkei-Kommission wurde im März 2004 von einer Gruppe überzeugter Europäer, die hohe öffentliche Funktionen inne hatten und sich dem Integrationsprozess zutiefst verpflichtet fühlen mit dem Ziel gegründet, zu einer objektiveren und rationaleren Debatte über den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union beizutragen.

In ihrem ersten Bericht *Die Türkei in Europa: Mehr als ein Versprechen?*, der im September 2004 veröffentlicht wurde, prüfte die Unabhängige Kommission sowohl die lange Geschichte der Annäherung der Türkei an Europa, als auch die wichtigsten Chancen und Herausforderungen, die mit einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei verbunden sind. Sie kam zu dem Schluss, dass Beitrittsverhandlungen unverzüglich eröffnet werden sollen, sobald die Türkei die Kopenhagener Kriterien erfüllt hat. Da die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa und ihre Mitgliedschaftsfähigkeit in der EU in den vergangenen Jahrzehnten viele Male von europäischen Regierungen bestätigt worden war, wäre jede weitere Verzögerung als eklatanter Bruch gegebener Zusagen angesehen worden und hätte die Glaubwürdigkeit der Union ernsthaft beschädigt. Die Unabhängige Kommission vertrat die Auffassung, dass der Beitritt eines Landes von der Größe und mit den spezifischen Merkmalen der Türkei die EU zwar vor erhebliche Herausforderungen stellen würde, diese jedoch keineswegs unüberwindbar sind. Andererseits würde der Beitritt einer transformierten, demokratischen und modernen Türkei, eines Landes in einer einzigartigen geostrategischen Position, mit großem ökonomischem Potenzial und jungen, dynamischen Arbeitskräften der Europäischen Union erhebliche Vorteile bringen.

Die Unabhängige Kommission begrüßte die Entscheidung des Europäischen Rates vom Dezember 2004, die Beitrittsverhandlungen

mit der Türkei zu eröffnen, und den Beginn der Gespräche im Oktober 2005. Bedauerlicherweise haben negative Reaktionen von europäischen Politikern und eine zunehmend zögerliche Einstellung der europäischen Öffentlichkeit gegenüber einer weiteren Erweiterung der Türkei den Eindruck vermittelt, dass sie nicht willkommen ist, selbst wenn sie die Mitgliedschaftsbedingungen erfüllen würde. Darüber hinaus wurde der Prozess selbst durch die effektive Blockierung von mehr als der Hälfte der Verhandlungskapitel behindert.

In der Türkei hat die Unterstützung sowohl für den EU-Beitrittsprozess als auch für die Umsetzung schwieriger und manchmal teurer Reformen nachgelassen. Dies wurde durch interne politische Schwierigkeiten verschärft, bei denen die regierende Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP)

Negative Reaktionen aus Europa haben der Türkei den Eindruck vermittelt, dass sie nicht willkommen ist.

plötzlich unter erheblichen Druck von ermutigten türkischen Euro-Skeptikern geriet, die teils unter dem Vorwand, säkulare Prinzipien gegen ein angebliches Fortschreiten des Islamismus zu verteidigen, danach

trachteten, die Umsetzung von politischen und sozialen, für die EU-Mitgliedschaft erforderlichen Reformen zu verzögern. Der Mangel an türkischen Reformen verstärkte den europäischen Widerstand gegen den Beitritt der Türkei, während die Kritik von europäischer Seite den türkischen Reformeifer weiter bremste und dadurch einen echten Teufelskreis auslöste.

Dieser Teufelskreis untergräbt jetzt die zahlreichen Errungenschaften aus dem vergangenen Jahrzehnt, die durch die Annäherung der Türkei an die EU inspiriert worden waren. Insbesondere kamen die Fortschritte bei der Stärkung der Demokratie, der Respektierung der Menschenrechte und dem Aufbau einer freien und pulsierenden Zivilgesellschaft zum Stillstand. Die neue Dynamik der türkischen Wirtschaft hat sich verlangsamt, was durch die weltweite Wirtschaftskrise noch verschärft wurde, ebenso der dramatische Anstieg ausländischer Direktinvestitionen, der nach Beginn der Beitrittsgespräche eingesetzt hatte. Andererseits haben das neue Charisma und der ansteigende Wohlstand der Türkei das Land für benachbarte Länder zunehmend attraktiv gemacht und die proaktive Regionalpolitik der Türkei hat bewiesen, dass eine in der EU verankerte Türkei Stabilität in die unbeständigen Nachbarregionen im Kaukasus und dem Mittleren Osten projizieren kann.

Dies ist der Hintergrund dieses Berichtes, in dem die Entwicklungen der letzten fünf Jahre sowie eine Reihe der für den Beitrittsprozess wichtigen Themen der türkischen Politik analysiert werden. So wie in dem ersten Bericht 2004 stellt die vorliegende Publikation durch die Unabhängige Kommission die persönlichen Ansichten ihrer Mitglieder dar und beabsichtigt keineswegs, den bevorstehenden jährlichen Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission zu duplizieren.

Abschließend nimmt die Unabhängige Türkei-Kommission mit großer Trauer den unerwarteten Tod ihres Kommissionsmitglieds Bronislaw Geremek, des früheren polnischen Außenministers, im Jahr 2008 zur Kenntnis, dessen wertvoller Beitrag zur Arbeit der Unabhängigen Kommission hoch geschätzt war.

I Wird die Türkei fair behandelt?

Im Dezember 2004 beschloss der Europäische Rat, der sich aus den Staats- und Regierungschefs aller EU-Mitgliedstaaten zusammensetzt, einstimmig die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Diese unmissverständliche Entscheidung stand im Einklang mit wiederholten Beteuerungen früherer Jahrzehnte, die Türkei

Der Europäische Rat erklärte, dass die Türkei wie jeder andere Beitrittskandidat behandelt werden soll.

sei für eine Mitgliedschaft geeignet und als künftiges Mitglied willkommen, sobald das Land die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt haben würde. Die Entscheidung wurde im selben Monat vom Europäischen Parlament

bestätigt: 407 Mitglieder stimmten dafür, 262 dagegen. Bereits 1999 hatte der Europäische Rat erklärt, dass die Türkei wie jeder andere Beitrittskandidat behandelt werden soll. Die Türkei hatte somit allen Grund davon auszugehen, dass dieser Prozess in derselben Art und Weise wie vorhergehende Erweiterungsrunden durchgeführt werden würde, und dass Dauer und Ergebnis in erster Linie von der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien durch die Türkei, der Verabschiedung der wichtigsten EU-Gesetze und anderen Beitrittsbedingungen, abhängen.

Unglücklicherweise sah sich die Türkei innerhalb weniger Monate sowohl mit Äußerungen europäischer Politiker konfrontiert, die diese einstimmige Entscheidung unterliefen, als auch mit negativen Aktionen von EU-Mitgliedsstaaten mit dem Ziel, die Gespräche zu blockieren. Dadurch wurde versucht, den vereinbarten Kurs und den grundlegenden Charakter der Verhandlungen zu verändern. In mehreren Ländern fiel dieser öffentliche Diskurs mit Wahlen zusammen, wodurch der Eindruck entstand, dass innenpolitisches Kalkül mit im Spiel war. Attacken auf den EU-Türkeiprozess erfolgten stellvertretend für weit verbreitete Bedenken gegen Einwanderung, Sorgen um Arbeitsplätze, Furcht vor dem Islam und eine generelle Unzufriedenheit mit der EU. Einige Politiker argumentierten,

dass die Türkei ihrem Wesen nach nicht europäisch sei, dass sie selbst im Falle der Erfüllung aller Bedingungen der EU nicht beitreten sollte und dass ein türkischer Beitritt Europa mit türkischen Migranten überschwemmen würde. Durch das Heraufbeschwören einer besonderen türkischen Bedrohung für die EU versuchte man, dem türkischen EU-Beitrittsprozess die Schuld an Schwierigkeiten innerhalb der Union zuzuschieben und vermittelte dabei den Eindruck, als würde die Union durch einen Beitritt der Türkei letzten Endes unregierbar werden.

Diese öffentliche Rhetorik wurde durch Bemühungen unterstützt, den von allen Regierungen formell vereinbarten Verhandlungsrahmen, auf dessen Grundlage die Türkei im Oktober 2005 die Verhandlungen über die EU-Mitgliedschaft aufgenommen hatte, neu zu interpretieren. Der Verhandlungsrahmen stellte klar fest, dass „das vereinbarte Ziel der Verhandlungen der Beitritt“ sei. Einige Politiker legten den nachfolgenden Satz – „diese Verhandlungen sind ein ergebnisoffener Prozess, dessen Ausgang nicht im Voraus garantiert werden kann“ - so aus, als ob die Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei allenfalls auch andere Optionen als die Mitgliedschaft zum Ziel haben könnten.

Einige Regierungen begannen für eine „privilegierte Partnerschaft“ oder eine „besondere Beziehung“ an Stelle der vertragskonformen Mitgliedschaft einzutreten, die der Türkei Jahrzehnte lang in Aussicht gestellt worden war. Keiner der Befürworter konnte jedoch erklären, welche zusätzlichen Privilegien oder Partnerschaften der Türkei angeboten werden könnten, dem Nicht-EU Staat mit den ältesten und engsten Beziehungen zu Brüssel, die seit 1963 ein Assoziierungsabkommen und seit 1996 eine Zollunion einschließen. Hinzu kommt, dass das NATO-Mitglied Türkei bereits in nahezu alle pan-europäischen Institutionen integriert ist, vom Europarat einschließlich des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bis hin zu kulturellen Organisationen und den europäischen Fußball – Ligen. In der Tat scheint das Eintreten für eine „privilegierte Partnerschaft“ ein populistischer Vorwand dafür zu sein, der Türkei Zugang zur den politischen Mechanismen der EU zu verweigern, obwohl das Land bereits jetzt durch zahlreiche politische Entscheidungen der EU gebunden ist, bei deren Zustandekommen es allerdings nichts mitzureden hat.

Diese negative Haltung und das Vorgehen einiger europäischer Politiker stehen in eindeutigem Widerspruch zu allen früheren Beschlüssen und Zusagen der EU. Sie stellen die Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit der EU in Frage, ebenso wie den Grundsatz von „*pacta sunt servanda*“, wonach Vereinbarungen einzuhalten sind. Wie alle Verhandlungen ist auch der Ausgang des EU-Beitrittsprozesses der Türkei definitionsgemäß offen und kann nicht abgeschlossen werden, wenn nicht beide Seiten mit dem Endergebnis einverstanden sind. Werden diese Gespräche jedoch im Voraus untergraben, indem das Ziel der Mitgliedschaft durch alternative Optionen ersetzt wird, stellt dies einen Vertrauensbruch

Die Mitgliedschaft durch alternative Optionen zu ersetzen, stellt einen Vertrauensbruch gegenüber der Türkei dar.

gegenüber der Türkei dar, verursacht eine nationalistische Reaktion im Lande selbst und schafft generell den Eindruck, dass die EU diskriminierende Doppelmaßstäbe im Umgang mit einem muslimischen Land anlegt. Der Prozess selbst – die Verabschiedung des *acquis communautaire* mit seinen Tausenden von Regeln – würde jedenfalls weitaus weniger Sinn machen, wenn er auf ein anderes Ziel als die Mitgliedschaft ausgerichtet wäre. Hochrangige europäische Diskussionen über eine substanzarme „privilegierte Partnerschaft“ wirken somit dem wichtigen Ziel der EU entgegen, ihre „soft power“ über die derzeitigen Grenzen hinaus auszudehnen, ein Prozess, der durch die Annahme von Regeln, Werten und politischen Standards der EU durch die Türkei sichtbar gefördert wird.

Genau so schädlich ist es, dass der Verhandlungsprozess selbst Ziel von formellen und informellen Aktionen einiger EU-Mitgliedstaaten geworden ist. Mehr als die Hälfte der 35 Verhandlungskapitel sind blockiert, entweder formell, weil die Türkei es versäumt hat, das Ankara-Protokoll umzusetzen, oder informell durch einen oder mehrere Mitgliedstaaten. Rund ein Dutzend Kapitel sind im Zusammenhang mit dem Zypernproblem eingefroren, darunter acht Kapitel, die im Dezember 2006 durch den Europäischen Rat offiziell blockiert wurden. Frankreich hat öffentlich erklärt, dass es nicht damit einverstanden ist, dass fünf wichtige Verhandlungsbereiche vorangetrieben werden, vor allem weil die derzeitige französische Führung gegen den Beitritt der Türkei eingestellt ist und glaubt, dass Ankara eine „Partnerschaft, keine Integration“ angeboten werden sollte. Es gibt informelle Blockaden bei anderen Kapiteln und elf Kapitel werden aus

politischen Gründen von Mitgliedstaaten im Rat aufgehalten. Paradoxerweise – in Anbetracht der Tatsache, dass die Türkei sich 2008 an 109 der 124 gemeinsamen Erklärungen und Demarchen der EU angeschlossen hat und an wichtigen EU-Missionen in Bosnien - Herzegowina und im Kosovo teilnimmt – schließen die blockierten Kapitel drei der wichtigsten und vielversprechendsten Bereiche für gemeinsame Aktionen der EU und der Türkei ein, nämlich externe Beziehungen, Energie sowie Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Zu anderen indirekten Bemühungen, das türkische Ziel der EU-Mitgliedschaft zu behindern, gehörten die Vorschläge einer endgültigen Festlegung der Grenzen Europas durch eine „Gruppe von Weisen“ sowie der Gründung einer Union für das Mittelmeer. Die Türkei wurde in diesen Vorschlägen nicht ausdrücklich erwähnt, jedoch allgemein als Ziel angesehen. Auf Grund rechtzeitiger Interventionen durch Mitgliedstaaten, die für eine in die EU integrierte Türkei plädieren, wurden die Mandate dieser Initiativen anschließend so allgemein formuliert, dass sie nur geringe Auswirkungen auf die europäischen Ambitionen der Türkei gehabt haben.

Politikern, die gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei sind, ist es dennoch gelungen, den Geist des Europäischen Rates 1999 von Helsinki zu verwässern, welcher in einer Grundsatzentscheidung erklärt hatte, dass die „Türkei ein beitrittswilliges Land [ist], das auf der Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen beitrittswilligen Länder gelten, Mitglied der Union werden soll.“ Seither wurde die Latte für den Beitritt kontinuierlich höher gelegt als für vorherige Kandidaten. Psychologisch betrachtet war dies einer der demotivierendsten Aspekte des EU-Verhaltens, besonders als die Türken den Eindruck bekamen, dass die Europäer frühere Sowjet-Block Staaten gegenüber ihrem langjährigen NATO-Alliierten bevorzugten und dabei die möglicherweise besseren Leistungen der Türkei auf dem Gebiet der Staatsführung sowie wirtschaftliche und soziale Indikatoren ignoriert wurden.

Europäische Politiker, die der Türkei den EU-Beitritt zu verweigern trachten, scheinen sich häufig Auffassungen anzuschließen, wie sie in den Meinungsumfragen in ihren jeweiligen Ländern zum Ausdruck kommen – eine unvollständige Methode, um über die Zukunft des komplexen Beitrittsprozesses der Türkei zur EU zu entscheiden, der ein weiteres Jahrzehnt oder länger in Anspruch nehmen wird. Auf der anderen Seite zeigt die

europäische öffentliche Meinung oft die Tendenz, den Ansichten der politischen Führungen zu folgen. So besteht in einigen Ländern ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der rückläufigen Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft der Türkei und anti-türkischen Reden hochrangiger Politiker. In anderen Ländern, in denen die Politiker die Vorteile des EU -Türkei Prozesses deutlich gemacht haben, ist die Unterstützung für den Beitritt der Türkei hingegen höher geblieben. Es ist offensichtlich, dass viele Europäer sich über die Zukunft der Türkei in der Europäischen Union unschlüssig sind. Ein Großteil der Verwirrung resultiert aus einem Mangel an genauer Information und der Annahme, dass der Beitritt oder einige seiner Aspekte unmittelbar bevorstehen. Tatsächlich aber sind einige der häufigsten europäischen Bedenken – Freizügigkeit der türkischen Arbeitskräfte, landwirtschaftliche Subventionen und Strukturfonds – bereits zum Gegenstand möglicher permanenter Ausnahmeregelungen gemacht worden. Je offener die Diskussion über diese Themen geführt wird, desto besser. Immerhin haben 51% der Franzosen im Jahr 1954 Meinungsforschern gegenüber angegeben, dass sie ein negatives Bild von den Deutschen hätten, und nur 29% glaubten damals, dass eine französisch-deutsche Allianz funktionieren würde.

In der Türkei neigten Medien und Politiker dazu, auf feindselige Botschaften aus Europa zu fokussieren und die erhebliche Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft der Türkei in vielen europäischen Ländern zu ignorieren. Dies hat zu einer Gegenreaktion in der Türkei beigetragen, die zu Ressentiments gegenüber Europäern im Allgemeinen, dem hilflosen Gefühl, dass die Türkei niemals als EU-Mitglied akzeptiert werden wird, und zu einer rückläufigen Unterstützung für den EU-Beitritt führte. Im Herbst 2008 stellte Eurobarometer fest, dass der Anteil der Türken, die angaben, dass die Mitgliedschaft eine gute Sache sei, von deutlich mehr als 70% in 2004 auf 42% gesunken war. Mangelndes Vertrauen in einen positiven Ausgang des Beitrittsprozesses demotiviert türkische Politiker und bedeutet, dass die Bevölkerung weniger Druck auf diese ausübt, die notwendigen Reformen durchzuführen, was wiederum den Argumenten der Türkei-Skeptiker in der EU Vorschub leistet. Die EU verliert an Einfluss in der Türkei, und dies zu einem Zeitpunkt, da sich diese zu einer echten Regionalmacht entwickelt.

Die Unabhängige Türkei-Kommission ist der Auffassung, dass die Europäische Union im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit

ihre eigenen Entscheidungen respektieren und fest hinter den von ihr gemachten Zusagen stehen muss. Europäische Politiker sollten den Teufelskreis durchbrechen, der sich aus der Umkehrung der europäischen Haltungen ergeben hat, einer Umkehrung, für die sie

Die Annäherung der Türkei an die EU hat offensichtlich beiden Seiten gut getan und dieser positive Kreislauf muss wiederhergestellt werden.

zum Teil selbst verantwortlich sind. Es war die positive Führungsrolle Europas im Jahr 1999, die eine noch nie da gewesene Reformwelle in der Türkei ermutigt hat, und dieses Gefühl einer EU-Führerschaft kann wiederbelebt werden. Nur wenige der 27 Regierungen

in der EU sind zurzeit eindeutig gegen einen möglichen Beitritt der Türkei, der von einer Mehrheit der EU-Regierungen, von einigen sogar sehr stark, unterstützt wird. Seit beinahe 50 Jahren ist die Türkei ein assoziiertes Mitglied der EU und ein wichtiger und respektierter Partner in europäischen und transatlantischen Organisationen; sie überspannt eine lebenswichtige geostrategische Schnittstelle und verdient es, von ihren europäischen Partnern fair behandelt zu werden. Wie der Europäische Rat 2004 erklärt hat: das Ziel des Verhandlungsprozesses ist der Beitritt und kann auch nichts anderes sein. Ob dieses Ziel erreicht werden kann, wird vom Ergebnis der Verhandlungen, von der Transformation der Türkei und nach Abschluss der Verhandlungen von den Entscheidungen der Türkei und der EU-Mitgliedstaaten abhängen. Die Annäherung der Türkei an die EU ist ein positiver Prozess, von dem beide Seiten offensichtlich profitiert haben, und es ist dieser positive Kreislauf, der wiederhergestellt werden muss.

II Die verpassten Reformchancen der Türkei

Die umfassenden Reformen in der Türkei, die auf die Anerkennung des Landes als Beitrittskandidat durch die EU im Jahr 1999 folgten, zählen zu den beeindruckendsten Transformationen in der Geschichte der Türkei und halten einem Vergleich mit der Verabschiedung europäischer Gesetze in den 1920er Jahren unter dem republikanischen Staatsgründer Kemal Atatürk stand. Während der goldenen Reformära 2000-2005 entstanden acht legislative Reformpakete, um den Kopenhagener Kriterien zu entsprechen und die türkischen Gesetze mit dem *acquis communautaire* in Einklang zu bringen. Mit diesen Veränderungen wurde ein Drittel der Verfassung neu geschrieben, internationale Menschenrechtsgesetze in Kraft gesetzt, die Todesstrafe aufgehoben, die Frauenrechte verbessert, neue Schutzmaßnahmen gegen Folter eingeführt und die Reform des Gefängniswesens eingeleitet. Neue Gesetze grenzten ehemals drakonische Beschränkungen der freien Meinungsäußerung, der Vereinigungsfreiheit und der Medien ein. Die türkischen Streitkräfte nahmen von ihrer einst dominanten Rolle weiter Abstand und akzeptierten transparentere Verteidigungshaushalte, die Einschränkung der Befugnisse des Nationalen Sicherheitsrates und das Ende der Staatssicherheitsgerichte. Das Gefühl, dass die Türkei jetzt Teil eines echten europäischen Projekts war, trug dazu bei, dass sich das Land sicherer fühlte, es beruhigte den türkisch-kurdischen Konflikt, ermutigte zu einer offeneren Diskussion über die armenische Frage und führte zu einer Verminderung von Vorfällen militanter Gewaltanwendung. Die neue Zuversicht löste während sechs Jahren ein Wirtschaftswachstum von 7% und eine noch nie da gewesene Welle von Auslandsinvestitionen aus. Diese Partnerschaft mit der EU ermutigte Ankara, außerhalb des Landes umfangreiche Beiträge zu internationalen Friedenseinsätzen zu

leisten und den Bemühungen um Beilegung des „eingefrorenen“ Zypernkonflikts die volle Unterstützung zu geben.

Paradoxe Weise kann die dramatische Verlangsamung der Reformära mit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen im Oktober 2005 datiert werden. Für diese unerwartete Entwicklung gibt es mehrere Gründe. Einerseits die negative Haltung einiger europäischer Politiker gegenüber der Türkei, die Verwirrung über den Verfassungsvertrag und die Zukunft des Erweiterungsprozesses innerhalb der Union, sowie die zunehmenden Hindernisse, die während des Verhandlungsprozesses auftraten und im vorigen Kapitel beschrieben wurden. Andererseits ließ die AKP-Regierung die Gelegenheit für weitere Reformen ungenutzt verstreichen und verabsäumte es, das Tempo des Prozesses beizubehalten, bevor sie von einer Fülle innenpolitischer Störfälle in Anspruch genommen wurde.

Ab 2007 hatte die herrschende AKP zahlreiche Herausforderungen einer Ad-Hoc Koalition aus Gegenspielern der alten Garde abzuwehren, zu denen das Militär, Teile der Justiz und die wichtigste Oppositionspartei, die Republikanische Volkspartei (CHP) gehörten. Diese Angriffe stützten sich auf die Behauptung, dass die AKP den säkularen Grundsätzen der Republik zuwiderhandeln würde. Im April 2007 erfolgte eine Warnung des Generalstabs der türkischen Streitkräfte, er könnte „seine Reaktion offen zeigen“, und im März 2008 stellte der Oberste Staatsanwalt beim Höchsten Berufungsgericht den Antrag, die AKP zu verbieten und 71 Politiker aus dem politischen Leben zu verbannen, darunter Präsident Abdullah

Die Verlangsamung der Reformen kann mit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen datiert werden.

Gül und Premierminister Recep Tayyip Erdoğan. Zu einem weiteren Störfall kam es, als 2007 zahlreiche Waffenverstecke entdeckt wurden, die offenbar Teil einer Verschwörung zum Sturz der Regierung waren, der sogenannten „Ergenekon – Verschwörung“. Obwohl die Staatsanwaltschaft allen Grund hatte, den Ergenekon

- Fall weiter zu verfolgen, führten die mehr als 100 Verhaftungen und Ermittlungen gegen hochrangige Militäroffiziere und Vertreter des Establishments zu weiteren Kontroversen. Der Spielraum der Regierung, in der Zeit nach 2005 Reformen zugunsten des ethnisch - kurdischen Bevölkerungsteils in Kraft zu setzen, wurde andererseits durch die erneuten Zusammenstöße zwischen dem türkischen Militär und Kämpfern der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) eingeschränkt, einer Organisation, die von der EU und vielen anderen Staaten als Terroristengruppe eingestuft wird.

Diese internen Vorgänge führten zu einer bedauerlichen

Verlangsamung des Reformprozesses. Obwohl das beschriebene politische Drama weitgehend als Zeichen politischer Instabilität angesehen wurde, schloss es doch etliche Schritte ein, die für die Entwicklung einer offeneren Gesellschaft notwendig sind. Die Unabhängige Kommission ist überzeugt, dass die Türkei eine Reihe wichtiger Projekte erneut in Angriff nehmen muss, um sich den europäischen Normen anzupassen. Dabei sollte an erster Stelle

Wenn die Türkei sich vollständig an die europäischen Demokratien angleichen will, muss sie sich erneut dem Transformationsprozess verschreiben.

ein breit angelegter Prozess stehen, der zu einer neuen Verfassung führt und das 1982 unter der Militärherrschaft verabschiedete restriktive Dokument ersetzt. Eine neue Verfassung ist zwar keine Voraussetzung für den Beitritt zur EU, sie würde aber sowohl Hindernisse für andere wichtige Reformen beseitigen als auch die Absicht der Türkei, eine wahrhaft demokratische

Gesellschaft und ein moderner EU-Staat zu werden, eindeutig darlegen. Die Oppositionsparteien Republikanische Volkspartei (CHP) und Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) sollten ihre erklärte Unterstützung der EU - Ambitionen der Türkei unter Beweis stellen und in gutem Glauben mit der AKP an einem solchen neuen Grundsatzdokument mitarbeiten.

Um EU - Recht zu entsprechen, muss die Türkei die Verabschiedung der Gesetzgebung zur Einführung eines funktionierenden Ombudsmannes voran treiben, einer Einrichtung, die - und das ist ein weiteres Zeichen für die langjährige Interaktion der Türkei mit Europa - ursprünglich eine osmanische Idee war, die vor dreihundert Jahren von einem durchreisenden schwedischen König übernommen wurde. Weiters wären EU-Standards für die öffentliche Auftragsvergabe einzuführen, als weiterer Schritt zu größerer Transparenz und weniger Korruption, einer der Hauptgründe, warum der Durchschnittstürke den EU-Beitrittsprozess unterstützt. Organisationsfreiheit, gleiche Rechte bei Erziehung und Zugang zu Priesterseminaren muss allen Religionsgemeinschaften gewährt werden. Freie Meinungsäußerung muss durch überzeugte öffentliche Unterstützung der Redefreiheit durch Politiker, durch die Einschränkung der Terrorismusdefinition im Anti-Terror Gesetz und durch die Gewährleistung europäischer Standards bei der Auslegung und Umsetzung restriktiver Regelungen durch Gerichte und Sicherheitsdienste sichergestellt werden. Im April 2008 erschwerte die Türkei die Anklageerhebung gegen

Dissidenten und Intellektuelle nach dem umstrittenen Artikel 301 des Strafgesetzbuches und änderte den Wortlaut dieses Artikels, um ihn für die liberale und internationale Öffentlichkeit weniger inakzeptabel zu machen. Aber selbst in seiner geänderten Form scheint er die Möglichkeit für Missbrauch zu bieten. Ein neues Parteiengesetz ist ebenfalls entscheidend, um die innerparteiliche Demokratie zu stärken, junge Leute zum Eintritt in die Politik zu ermutigen, Transparenz in die Parteienfinanzierung zu bringen und einem System ein Ende zu bereiten, in dem Parteiführer allzu leicht in der Lage sind, abweichende Meinungen zu unterdrücken. Das Militär hat sich weiter aus der Politik zurückgezogen, seit 47% der Türken im Juli 2007, drei Monate, nachdem die Armee eine Drohung gegen die Regierung auf ihrer Webseite veröffentlicht hatte, für die AKP gestimmt haben. Es müsste allerdings noch mehr tun, um überparteilich zu sein, z. B. die Praxis langatmiger öffentlicher politischer Reden der Generalität abstellen.

Wenn die Türkei sich voll an europäische Demokratien angleichen will, muss sie sich dem Transformationsprozess neu verpflichten und autoritäre Altlasten und eine überholte Feindseligkeit gegen externe Einflüsse über Bord werfen. Türkische Politiker müssen ihren Teil dazu beitragen, das Tempo der Bemühungen um die Verabschiedung des *acquis communautaire* zu beschleunigen und den Rhythmus, nach dem in jedem Halbjahr der EU-Präsidentschaft meist zwei Verhandlungskapitel eröffnet wurden, zu steigern.

Die Unabhängige Kommission ist durch die Wiederaufnahme der Reformbemühungen im Dezember 2008 ermutigt, als die Regierung mit mehr als vierjähriger Verspätung ein neues nationales Programm mit einem formellen legislativen Fahrplan in Kraft setzte. Im Januar 2009 ernannte sie zum ersten Mal einen vollzeitigen EU-Vermittler, Staatsminister Egemen Bağış. Im selben Monat eröffnete die Regierung einen staatlichen Fernsehkanal in kurdischer Sprache und begann ernsthafte Gespräche über die Einrichtung kurdischer Institute an den Universitäten. Sie unternahm neue Schritte, um die Anliegen der Aleviten im Religionsunterricht und in anderen Bereichen ähnlich wie für die hauptsächliche Glaubensrichtung des sunnitischen Islam zu berücksichtigen. Die Regierung kündigte Pläne für eine neue Runde konstitutioneller und gesetzlicher Reformen an, einschließlich einer besseren parlamentarischen Vertretung für kleinere politische Parteien. Durch ein im Juli 2009 in Kraft gesetztes Gesetz wurden

die türkischen Zivilgerichte ermächtigt, Angehörige der Streitkräfte wegen nicht – militärischer Straftaten zu verfolgen und die Zuständigkeiten der Militärgerichte dadurch weiter eingeschränkt. Premierminister Erdoğan reiste erstmals seit vier Jahren nach Brüssel, wenig später gefolgt von Präsident Gül, der als erster türkische Staatschef dem Sitz der EU einen Besuch abstattete. Auch Oppositionsführer Deniz Baykal begab sich nach Brüssel.

Die Unabhängige Kommission ist überzeugt, dass umfassende, konsequente und nachhaltige Fortschritte hin zu mehr Demokratie in der Türkei das beste Mittel sind, um mehr Europäer von der EU-Kompatibilität der Türkei zu überzeugen. Die Regierung hat jetzt zwei wahlfreie Jahre vor sich, in denen sie sich auf den Prozess der Annäherung an die EU als absolute Priorität konzentrieren kann, und sie sollte diese Chance auch im höchsten Maße nutzen.

III Neue Dringlichkeit in Zypern

Das Zypernproblem nähert sich einem neuen und entscheidenden Wendepunkt. Nachdem das Problem seit dem EU-Beitritt der Republik Zypern fünf Jahre lang auf Eis lag, werden die Entwicklungen während des laufenden Jahres wahrscheinlich darüber entscheiden, ob die Insel endgültig geteilt bleibt oder nicht. Die EU-Mitgliedstaaten tragen eine politische Verantwortung für die derzeitige Situation. Sie stehen auch vor der politischen Notwendigkeit, die griechischen und türkischen Zyprioten mit allen Kräften zu ermutigen, zu einem befriedigenden Abschluss der laufenden Gespräche zu gelangen, die vermutlich die letzte Chance für eine föderale Lösung darstellen. Die Schwierigkeit, dieses Ziel zu erreichen, ist gering, verglichen mit den voraussichtlichen Komplikationen im Falle eines Scheiterns. Die EU-Regierungen würden zwischen der Loyalität zu einem Mitgliedstaat und ihren wichtigen strategischen Interessen in der Türkei wählen müssen. Ein Scheitern der Gespräche würde angesichts der Kontroversen zwischen Zypern und der Türkei zu einer weiteren Behinderungen

Ein Scheitern der Gespräche könnte die türkischen Verhandlungen mit der EU zum Stillstand bringen.

der Zusammenarbeit zwischen EU und NATO führen und eine fortgesetzte Blockierung bei der Eröffnung weiterer Kapitel bedeuten, welche die Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei zum Stillstand bringen könnte. Zypern ist jahrzehntelang friedlich geblieben, aber die EU hat das Gleichgewicht des früheren *status quo* aufgehoben. Da sich mehrere Zehntausend Soldaten auf der Insel befinden, könnte dieser Konflikt durchaus wieder zum Ausbruch gelangen.

Die EU hat sich dieses Problem selbst zuzuschreiben, da sie eine Million Einwohner Zyperns in die EU aufgenommen hat, obwohl diese die zwischen den Gemeinschaften bestehenden Differenzen noch nicht beigelegt hatten. Sie hat damit die verworrene

Geschichte der Insel in ihre inneren Strukturen hineingetragen. Die Schwierigkeiten begannen ernsthaft nach der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1960, als die 80% griechischen und 20% türkischen Zyprioten eine gemeinsame Republik gründeten, die von Großbritannien, Griechenland und der Türkei garantiert wurde. 1963 zerbrach die Republik, als die griechischen Zyprioten die politischen Führer der türkischen Gemeinschaft aus der Regierung ausschlossen und die türkischen Zyprioten in verbarriadierte Stadtviertel und isolierte Dörfer vertrieben. Nachdem das Junta - Regime in Athen 1974 einen griechisch-zypriotischen Aufstand auf Zypern unterstützt hatte, mit dem die Insel an Griechenland angeschlossen werden sollte, machte die Türkei von ihrem Interventionsrecht als Garantiemacht Gebrauch, inszenierte eine militärische Invasion und besetzte schließlich die nördlichen 37% der Insel.

Die bevorstehende EU-Mitgliedschaft im Jahr 2004 hatte einen beträchtlichen Einfluss auf die politische Dynamik in Zypern. Jahrelange Verhandlungen unter Ägide der UNO über ein Abkommen zur Wiedervereinigung der Insel und dem Abzug der türkischen Truppen waren angesichts des nationalistischen Gehabens auf beiden Seiten ohne Erfolg geblieben. 2004 stimmten jedoch 65% der türkischen Zyprioten mit voller Unterstützung der Türkei in einem Referendum für den von der UNO vermittelten Lösungsvorschlag, den so genannten Annan-Plan, während dieser von 76% der griechischen Zyprioten abgelehnt wurde. Obwohl die EU den Annan-Plan öffentlich und mit allem Nachdruck unterstützt hatte, gestattete sie dennoch den griechischen Zyprioten, als alleinige Vertreter der Insel der EU beizutreten. Eine der ersten Aktionen der Republik Zypern als EU-Mitglied bestand darin, die EU zu zwingen, ihr politisches Versprechen, die türkischen Zyprioten für ihre „Ja“-Stimmen zu belohnen, zu brechen und eine Verordnung über den Direkten Handel zu blockieren, die den türkischen Zyprioten direkten Zugang zu den EU-Märkten gewährt hätte. Die griechisch-zypriotischen Embargos gegen die türkischen Zyprioten wurden erstmals 1964 von UNO - Generalsekretär U Thant als „regelrechte Belagerung“ kritisiert und 2004 erklärte UNO - Generalsekretär Kofi Annan, dass „mit dem türkisch-zypriotischen Abstimmungsergebnis jeglicher Grund, die Gemeinschaft unter Druck zu setzen und zu isolieren, entfallen ist“. Als Reaktion auf dieses von der Türkei als Ungerechtigkeit empfundene Verhalten von EU Seite machte

Ankara eine Kehrtwendung bei ihrer Verpflichtung, ihre Flug- und Seehäfen gemäß dem Zusatzprotokoll zum Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Türkei von 1963 für den griechisch-zypriotischen Verkehr zu öffnen.

Die Situation ist jedoch keineswegs hoffnungslos. Bei den Präsidentschaftswahlen im Februar 2008 ließ die griechisch-

Die Gespräche drohen, in Selbstgefälligkeit zu verfallen, während gleichzeitig die Zeit davonläuft.

zypriotische Gemeinschaft einen erheblichen Sinneswandel erkennen. In der ersten Runde stimmten zwei Drittel der Wähler für Kandidaten, die sich für Kompromissstrategien zur Wiedervereinigung eingesetzt hatten. Der

endgültige Sieger, Präsident Demetris Christofias, begann wenig später eine vielversprechende neue Gesprächsrunde mit seinem Gegenspieler Mehmet Ali Talat, der die türkischen Zyprioten 2004 dazu gebracht hatte, für den Annan-Plan zu stimmen.

Diese Gespräche lassen zwar erhebliche Fortschritte erkennen, drohen aber, einer gewissen Selbstgefälligkeit zum Opfer zu fallen, während gleichzeitig die Zeit davonläuft. In erster Linie sind selbstverständlich die Zyprioten selbst dafür verantwortlich, dass eine Einigung erzielt wird. Sie benötigen jedoch die volle Unterstützung der EU-Regierungen und der türkischen Entscheidungsträger in Ankara. Die EU-Politiker könnten dies durch häufige Besuche der zypriotischen Gemeinschaften und ihrer Führungen auf beiden Seiten der Insel erreichen, um diese zu ermutigen und für eine positive Stimmung zugunsten des Prozesses in der Bevölkerung zu sorgen. Durch die Förderung sichtbarer bi-kommunaler Projekte sowie der Interaktion zwischen den beiden Gemeinschaften könnte die Begeisterung für eine Wiedervereinigung wieder angefacht werden. Regelmäßige Besuche in Ankara sollten dokumentieren, dass sich die Türkei auf dem richtigen Weg zur EU-Mitgliedschaft befindet und die Fortsetzung ihrer Unterstützung für eine Zypernlösung ihr dabei helfen wird, das EU-Ziel zu erreichen. Und schließlich sollte Griechenland seinen Einfluss nutzen und der griechisch-zypriotischen Gemeinschaft die Vorteile eines Kompromisses und einer Normalisierung mit der Türkei vor Augen führen. Die politischen Führer der EU sollten weiters deutlich machen, wie falsch es ist, wenn die Republik Zypern und die Türkei meinen, dass Druck aus Brüssel allein Veränderungen der gegensätzlichen Positionen erzwingen kann. Damit die Zypern-Einigung zustande kommt, wäre es günstig, dass auch offizielle Vertreter der Republik Zypern und der Türkei zusammentreffen und lernen, einander zu vertrauen.

Ein Nicht-Zustandekommen der Zypern-Lösung in diesem Jahr würde allen Seiten teuer zu stehen kommen. Die EU-Politiker müssen die offensichtlich in beiden zypriotischen Gemeinschaften vertretene Ansicht, der *status quo* könne für unbestimmte Zeit aufrecht erhalten werden, in Frage stellen, und zeigen, dass ein Friede durch Kompromisse zahlreiche Vorteile bringen kann. Die türkischen Zyprioten werden die vollen Bürgerrechte erhalten und in die EU integriert, samt allen wirtschaftlichen und politischen Vorteilen, die damit verbunden sind. Die griechischen Zyprioten werden ohne Angst vor türkischen Soldaten, die derzeit an einer Linie mitten durch die geteilte Hauptstadt stehen, leben können und sehen, wie die Insel durch den vollen Zugang zur Türkei, der größten Wirtschaft der Region, zu einem echten Angelpunkt im östlichen Mittelmeer wird. Laut einer Studie des Friedensforschungsinstituts Oslo (PRIO) wird die zypriotische Wirtschaft innerhalb von sieben Jahren um zusätzliche zehn Prozentpunkte wachsen. Sowohl Griechenland als auch Zypern werden eine Türkei zum Nachbarn gewinnen, die viel pro-europäischer eingestellt ist und dazu neigen wird, Konflikte in den Hoheitsgewässern der Ägäis und des Mittelmeers beizulegen. Für die Türkei wird sich der Verhandlungsweg zur EU-Mitgliedschaft stärker öffnen, sie wird größeres Ansehen in Europa und für die türkische Sprache den Status einer Amtssprache der EU erlangen. Gleichzeitig wird die finanzielle Belastung durch ihre Garnison in Zypern und die Subvention, die von der türkisch-zypriotischen Verwaltung in Anspruch genommen wird, wegfallen.

Da die EU und die Türkei gegenwärtig die politische Rechnung für das Versagen der Zyprioten zahlen, einen Kompromiss zu erzielen, sollten sich die EU-Politiker aktiver einbringen um zu verhindern, dass das Zypernproblem den Beitrittsprozess der Türkei zum Entgleisen bringt. Dieser Prozess ist für die Transformation der Türkei unverzichtbar und sowohl für die EU als auch für Zypern von entscheidender Bedeutung. Neben ihren Bemühungen, eine Einigung auf der Insel zu unterstützen, sollte die EU nach Mitteln und Wegen suchen, die zur Erfüllung der Verpflichtung der Türkei führen, ihre Flug- und Seehäfen für den griechisch-zypriotischen Verkehr zu öffnen. Durch diese Entwicklung würden sofort acht Kapitel des Verhandlungsprozesses zwischen der Türkei und der EU freigegeben und Zeit gewonnen werden, um eine umfassendere Zypern-Lösung herbeizuführen. Die EU könnte dies dadurch tun, dass sie ihr 2004 gegebenen

Versprechens realisiert, die türkisch-zypriotische Isolierung durch direkten Handel zu beenden und versucht, jene Hindernisse zu überwinden, die der Landung internationaler Flüge auf dem eigenen Flugplatz der Türkisch-Zyprioten entgegenstehen. Die EU muss sich ihrer Verantwortung für die Ungerechtigkeiten und Absurditäten der bestehenden Situation stellen. Ganz Zypern ist jetzt theoretisch Teil der Europäischen Union. Andererseits ist der *acquis communautaire* offiziell im Nordteil ausgesetzt. Gleichzeitig aber hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass Urteile von griechisch-zypriotischen Gerichten, die den Norden Zyperns betreffen, in der gesamten Union vollstreckt werden können.

Alle Seiten müssen Provokationen vermeiden und im Hinblick auf eine Lösung zusammenarbeiten, denn eine Einigung über Zypern ist jetzt dringend geboten. Das auftrumpfende Gehaben von Kanonenbooten und nach Erdöl suchenden Schiffen in den Gewässern rund um Zypern, der Türkei und Griechenland im November 2008 zeigt, wohin wachsende Frustrationen führen können: Ähnliche Reibungen zwischen der Türkei und dem EU-Mitglied Griechenland hätten 1987 und 1996 beinahe zu einem bewaffneten Konflikt geführt, beides Krisen, die nicht von der EU gelöst werden konnten, sondern von den Vereinigten Staaten beigelegt werden mussten.

Im April 2009 wählten die türkischen Zyprioten eine neue, nationalistischere Regierung, was darauf hindeutet, dass Mehmet Ali Talat ohne eine Beilegung des Konflikts bei den Präsidentschaftswahlen im April 2010 sein Amt an einen Kandidaten verlieren könnte, der sich weniger stark für eine Lösung einsetzt. Das Fehlen einer solchen und endlose Verhandlungen werden aber zu Spannungen auf der Insel führen und den EU-Türkeiprozess auf unbestimmte Zeit blockieren. Wenn es alte Freunde wie Talat und Christofias nicht schaffen, eine föderale Einigung zu erzielen, ist es schwer vorstellbar, wie es irgend jemand anderem innerhalb oder außerhalb Zyperns gelingen könnte, einen neuen Anlauf zu unternehmen. Mit der Alternative, der Teilung Zyperns, zurechtzukommen, wird in der EU hingegen erhebliche Uneinigkeit schaffen. Die europäischen Politiker haben ein zwingendes Interesse daran, 2009 vorrangig an einer Verhandlungslösung des Zypernkonflikts zu arbeiten, denn die Chance für eine föderale Lösung und eine Entmilitarisierung der Insel wird es in dieser politischen Generation sicher nicht wiederkehren.

IV Das Kurdenproblem

Auf Grund einer Mischung aus regionaler Unterentwicklung, Verweigerung von kulturellen Rechten, Menschenrechtsverletzungen durch türkische Staatssicherheitskräfte und 25 Jahren Terroranschlägen durch die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) ist die Kurdenfrage in der Türkei ein immer wiederkehrendes Problem geblieben. Etwa 12 Millionen Menschen oder rund 15% der Einwohner der Türkei sind Kurden. Etwa die Hälfte von ihnen lebt in den Gebieten mit überwiegend kurdischer Bevölkerung im Südosten, der Rest im Westen der Türkei und in den Großstädten wie Ankara, Izmir und Istanbul. Die meisten Kurden gehören, wie die Mehrheit der Türken, mit denen Mischehen durchaus üblich sind, der sunnitisch-muslimischen Glaubensrichtung an. Auch Geschichte und die Sitten überschneiden sich in hohem Maße. Wie bei den Türken sind rund 10% der Kurden Anhänger der alevitischen Glaubensrichtung. Zwar entsteht unter den Kurden allmählich ein Gefühl der nationalen Identität, dem es aber wegen erheblicher Unterschiede hinsichtlich Region, Dialekt, Stammesidentität und der Einstellung gegenüber dem türkischen Staat an politischem Gewicht fehlt. Einige Kurden sprechen über Autonomie, ein paar über Unabhängigkeit für die überwiegend kurdischen Gebiete im Südosten, aber beides wäre aus vielerlei Gründen sowohl unpraktisch als auch kontraproduktiv. Es würde explosive Auseinandersetzungen über die Frage geben, wo die Grenzen dieser Region verlaufen, und die Autonomie könnte für die vielen Kurden, die in den westlichen Landesteilen leben, sogar negative Folgen haben.

Die Frage, wer die kurdischen Bürger der Türkei politisch repräsentiert, ist nicht leicht zu beantworten. In den etablierten türkischen Parteien stellen die Kurden bereits rund ein Sechstel der Parlaments- und Kabinettsmitglieder. In den mehrheitlich kurdischen Gebieten dürfte die kurdische Demokratische

Gesellschaftspartei (DTP) über rund die Hälfte der Stimmen verfügen. In den Augen vieler Türken wird ihre Legitimität jedoch durch die Tatsache kompromittiert, dass ihre Führer Sympathien für die PKK bekunden, die von der Türkei, der EU und vielen anderen offiziell als Terroristengruppe bezeichnet wird. Seit 2007 ist die DTP Gegenstand eines Gerichtsverfahrens zur Auflösung der Partei. Ihr werden organisatorische Verbindungen

Die AKP hat mehr für die Verbesserung der Situation der Kurden getan als jede frühere Regierung.

zur PKK vorgeworfen und einige ihrer Autonomieforderungen werden als Angriff auf die verfassungsrechtliche Einheit des Landes angesehen. Dennoch ist die DTP ein vollwertiger Bestandteil der politischen Kultur

der Türkei. Viele ihrer Forderungen nach mehr Rechten für die Kurden und der Achtung der kurdischen Identität werden unter vier Augen auch von vielen kurdischen Parlamentariern der AKP und anderer Parteien erhoben. Ein mögliches Verbot der DTP durch das Verfassungsgericht dürfte kaum zur Lösung des Kurdenproblems beitragen.

Die PKK selbst und ihr inhaftierter Vorsitzender Öcalan bilden keine legitime politische Partei und sie haben zu viele Terroranschläge begangen, um eine gesetzeskonforme Zukunft in der Türkei haben zu können. Mit ihren rund 5.000 bewaffneten Anhängern, von denen wahrscheinlich die eine Hälfte in der Türkei und die andere in abgelegenen Bergregionen des Nordiraks leben, verfolgt die PKK das Ziel der nationalen Befreiung. Sie bedient sich jedoch terroristischer und krimineller Methoden, darunter Erpressung, Drogenschmuggel, Überfälle auf mit Wehrpflichtigen besetzte Wachposten und Bombenattentate auf Zivilisten und europäische Touristen in der Türkei.

Die regierende AKP hat sich als eine Partei erwiesen, die starke Unterstützung sowohl bei ethnischen Türken als auch bei Kurden genießt und im Südosten die Hälfte der Stimmen erhalten. Sie hat wohl mehr getan, um die Situation der Kurden zu verbessern, als jede frühere Regierung. Dazu haben auch die Verhaftung des PKK-Führers Abdullah Öcalan im Jahr 1999, der anschließende Waffenstillstand der PKK und die Aufhebung der Todesstrafe für Terrorakte militanter Kurden beigetragen, eine weitere Errungenschaft der Annäherung der Türkei an die EU. Die brutale Unterdrückung aller Symbole der kurdischen Volkszugehörigkeit der 1980er Jahre ist verschwunden und türkische Kommentatoren der politischen Mitte kritisieren

heute offen die frühere offizielle Propaganda, welche die Kurden als „Bergtürken“ bezeichnet hatte. Allmählich akzeptierte die Türkei eine internationale rechtliche Überwachung und respektierte die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Ein Drittel der 350.000 Kurden, die laut offiziellen Angaben während der Zusammenstöße in den 1990er Jahren von der Regierung aus ihren Dörfern vertrieben wurden, erhielt eine Entschädigung und kehrte in die Heimat zurück. Eine Gruppe kurdischer nationalistischer Politiker, die seit 1994 wegen Verbindungen zur PKK inhaftiert waren, wurde 2004 freigelassen. Mehrere Angehörige der Streit- und Sicherheitskräfte, die lange in den türkischen Medien als Tatverdächtige bei Morden an kurdischen Nationalisten durch Todesschwadronen in den 1990er Jahren genannt worden waren, kamen nach 2008 im Zuge des Prozesses der Ergenekon -Verschwörung ins Gefängnis und neue Beweise gaben der Staatsanwaltschaft die Möglichkeit, einige Fälle von in dieser Zeit verschwundenen Kurden neu aufzurollen. Einschränkungen hinsichtlich diverser Ausdrucksformen der kurdischen Kultur wurden aufgehoben. Es wurden einige private kurdische Sprachschulen eröffnet, von denen die meisten allerdings schon bald wegen bürokratischer Schikanen sowie fehlender lokaler Nachfrage aufgaben. Im überwiegend von Kurden bevölkerten Südosten, aber auch in anderen Landesteilen wurden kurdische Autoaufkleber, Musik, Veröffentlichungen, Festtage, Rundfunk und Fernsehen in kurdischer Sprache zunächst legalisiert, dann toleriert und schließlich weitgehend akzeptiert. Darüber hinaus begann die Regierung erfolgreich mit der Umsetzung eines Weltbankprogramms zur Armutsbekämpfung.

Diese positiven Entwicklungen werden in Europa nicht immer wahrgenommen oder entsprechend geschätzt. Einige EU-Staaten waren zu nachsichtig gegenüber der PKK und haben ihren Geheimdiensten erlaubt, im Austausch gegen Informationen Geschäfte mit Funktionären der Organisation zu machen, wodurch identifizierte PKK-Funktionäre, die gegen Gesetze von EU-Mitgliedstaaten verstoßen hatten, der Justiz entkamen. Auch weigerten sie sich, mit der Türkei bei der Rückführung der Betroffenen oder der Durchführung ordentlicher Gerichtsverfahren im jeweiligen Land zusammenzuarbeiten. Nach Auffassung der Unabhängigen Kommission sollten diese Regierungen nachweislich mehr tun, um die Kapitalbeschaffung und die Organisation der PKK in ihren Ländern zu unterbinden,

das in der EU in diesem Zusammenhang bestehende Ungleichgewicht der Justizsysteme zu überwinden und zu verhindern, dass sich die PKK dank ihres Geschicks, ihre Operationen zu verheimlichen und zu verschleiern, über den politischen Willen der EU-Mitgliedstaaten hinwegsetzt.

Aus vielen Gründen kommt die Annäherung der Türkei an die EU dem fundamentalen europäischen Interesse an einer verstärkten Beachtung der Menschenrechte und kulturellen Freiheiten in der Türkei entgegen. Und zwar nicht nur um für eine sichereres Umfeld in der europäischen Nachbarschaft zu sorgen, sondern auch um die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen türkischen und kurdischen Einwanderern innerhalb der EU zu verhindern, wie wir sie in den 1990er Jahren beobachtet mussten. Eine stabilere und prosperierende Türkei, die in die EU-Mechanismen integriert ist, wäre auch ein besserer Partner bei der Bewältigung von EU - Problemen mit anderen Ablegern der Kurdenproblematik, wie etwa dem Drogenschmuggel und der illegale Einwanderung.

Die Türkei hat auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung und der politischen Reformen erhebliche Fortschritte gemacht, die zu einer Lockerung der Spannungen zwischen Türken und Kurden beigetragen haben. In Anbetracht dessen jedoch, wie

weit sich die Türkei noch vom bitteren Erbe der Vergangenheit zu entfernen hat, muss noch mehr getan werden, um dauerhaften sozialen Frieden in der ganzen Türkei zu sichern. Die Eröffnung eines Fernsehkanals im Januar 2009, der rund um die Uhr Programme in kurdischer Sprache ausstrahlt,

war ein Schritt in die richtige Richtung. Er zeigte einmal mehr, was die Türkei schmerzloser hätte erreichen können, wenn solche Maßnahmen bereits vor Jahrzehnten ergriffen worden wären. Solche Liberalisierungsmaßnahmen sollten durch einen vollen rechtlichen und verfassungsmäßigen Schutz für die Verwendung der kurdischen Sprache im Rundfunk, in öffentlichen Gebäuden, Schulen und politischen Reden abgestützt werden. Kurdische Ortsbezeichnungen sollten nicht länger verboten sein und kurdische Institute sollten von Universitäten, die dies wünschen, gegründet werden können. Die Artikel der Verfassung, die offenbar eine Ethnie bevorzugen, sollten neu geschrieben werden, um allen Bürgern der Türkei echte Gleichheit zu gewähren. Wird den kurdischen Bürgern in der Türkei weiterhin die uneingeschränkte Benutzung ihrer Sprache und Identität verweigert, so ist dies mit

Es muss allerdings noch mehr getan werden, um dauerhaften sozialen Frieden in der gesamten Türkei zu sichern.

einer EU-Mitgliedschaft der Türkei nicht vereinbar. Es verstößt auch gegen das Abkommen von Lausanne aus dem Jahr 1923 zur Gründung der türkischen Republik, in dessen Artikel 39 es unmissverständlich heißt, dass „die freie Benutzung einer Sprache durch jeden türkischen Bürger im privaten Verkehr, in Handel, Religion, in der Presse oder in Publikationen aller Art oder bei öffentlichen Zusammenkünften nicht eingeschränkt werden darf“.

V Die Türkei und ihre Region

Vor zwanzig Jahren bestimmten Misstrauen oder Feindseligkeit die Beziehungen der Türkei mit ihren zahlreichen Nachbarn. Heute ist nur noch das Verhältnis zu zwei der acht Nachbarstaaten problematisch, Zypern und Armenien, und die Türkei hat mit beiden vielversprechende Prozesse zur Lösung offener Fragen begonnen. Die türkische Diplomatie, die viele Jahrzehnte lang am Balkan, in Zentralasien, im Mittleren Osten und in Afrika abwesend war, ist jetzt an mehreren Fronten aktiv und hoch geschätzt.

Die neue Nachbarschaftspolitik der Türkei erlebte 1998 ihren ersten Durchbruch. Ankara überzeugte Damaskus davon, den PKK-Führer Abdullah Öcalan auszuweisen und der kurdische Kämpfer wurde nach einer Odyssee, die ausgedehnte Aufenthalte in Italien und in der griechischen Botschaft in Kenia einschloss, gefangen genommen. Nachdem die Komplizität seiner Behörden in dieser Angelegenheit aufgedeckt worden war, änderte Griechenland seine Politik, gestützt auf das tiefe Gefühl gegenseitiger Solidarität, die nach den beiden Erdbeben des Jahres 1999 in der Türkei und Griechenland zum Ausdruck kam. Nur drei Jahre nachdem beide Seiten wegen ihrer Ansprüche auf eine winzige Felseninsel in der Ägäis beinahe einen Krieg vom Zaun gebrochen hätten, begannen die beiden Außenminister einen Prozess der griechisch-türkischen Normalisierung, welcher der Türkei den Weg zum Status eines offiziellen EU-Beitrittskandidaten im Dezember 1999 ebnete und im weiteren Verlauf zu beträchtlichen wirtschaftlichen Vorteilen und einer Reduzierung des Verteidigungshaushalts auf beiden Seiten führte.

Die Kehrtwende in der Beziehung der Türkei zu Syrien verlief ähnlich dramatisch. Handels-, Flug- und Fremdenverkehr zwischen den beiden Ländern stiegen rasch an, ebenso die

gegenseitigen Besuche der politischen Führungen. Während das Regime in Damaskus früher die wenigen Annäherungsversuche des NATO-Mitglieds Türkei an die arabische Welt abgelehnt hatte, wurde es nun zu seinem Verbündeten und unterstützte die Türkei darin, Beobachter in der Arabischen Liga zu werden, obwohl die Türkei ihre langjährige Verbindung mit Israel 1996 mit einem Abkommen über militärische Ausbildung zementiert hatte. Die guten Beziehungen der Türkei sowohl mit Syrien wie mit Israel ermöglichten 2008 mehrere Runden indirekter Gespräche zwischen syrischen und israelischen Diplomaten in Istanbul, ein Beitrag zum arabisch-israelischen Friedensprozess, der über das hinausgeht, was üblicherweise von der EU erreicht wird. Darüber hinaus konnte die Türkei Initiativen Ägyptens und Frankreichs – auf deren Wunsch – mit eigenen Gesprächen mit der Hamas unterstützen, um im Januar 2009 zu einem Ende der Gaza-Krise beizutragen. Zwar beschädigte die heftige Kritik türkischer Politiker am israelischen Überfall auf palästinensisches Gebiet das Image der Türkei als neutraler Vermittler in Israel und vermittelte arabischen Politikern das Gefühl, dass die Türken vielleicht in populistischer Weise das Rampenlicht suchten. Gleichzeitig aber bestätigte sie den Bevölkerungen der Region, dass ihre Sorgen unter den nicht-arabischen Akteuren nicht nur vom Iran wahrgenommen und artikuliert wurden.

Die Türkei hat besseren und häufigeren Zugang zur iranischen Führung als die EU-Länder und unterstützt konsequent den Standpunkt der EU zum iranischen Atomprogramm und der Notwendigkeit, eine Militarisierung dieses Programms zu verhindern. Dies ist nicht die einzige Dynamik, mit der eine sich europäisierende Türkei die Islamische Republik Iran beeinflussen kann. Iraner benötigen für Reisen in die Türkei kein Visum und jährlich besuchen neben zwei Millionen Russen und vier Millionen Deutschen auch eine Million Iraner die freizügigen Strände und Hotels der Türkei. Die Aussicht, dass sich die östliche Grenze der EU in der Osttürkei befinden könnte, dort, wo die Grenze des Römischen Reichs verlief, ist weder grundlegend uneuropäisch noch destabilisierend. Die Trennungslinie zwischen der Türkei und dem Iran gehört zu den ältesten Landesgrenzen der Welt, die sich seit 1693, dem Ende des letzten Krieges zwischen beiden Ländern, immer an derselben Stelle befunden hat.

Dank ihres neuen Selbstbewusstseins und des Respekts, den die Türkei aufgrund der Beitrittsverhandlungen mit der EU bei

ihren Nachbarn genießt, hat die AKP die türkische Regionalpolitik als wichtige Errungenschaft ihrer Regierung weiter entwickelt. Mit Unterstützung durch Präsident Gül und Premierminister Erdoğan ist vor allem Außenminister Ahmet Davutoğlu bemüht, durch eine „Null-Problem“-Politik der Friedensförderung in der Region sowie durch „maximale Kooperation“ die Tendenz der früheren türkischen Außenpolitik umzukehren, vermeintliche ausländische Feinde oder ausländische Sündenböcke für interne Probleme verantwortlich zu machen. Über ihre Vermittlung zwischen Syrien und Israel hinaus hat die Türkei wichtige weitere Beiträge zur regionalen Friedensschaffung geleistet: sie hat einen trilateralen Prozess mit Pakistan und Afghanistan entwickelt, 2008 zur Lösung der Krise um die libanesischen Präsidentschaftswahlen beigetragen,

Die Türkei trägt zur Krisenlösung bei und dient als globaler Knotenpunkt für den Energietransport.

eine Stabilitäts- und Kooperationsplattform für den Kaukasus als Kommunikationsrahmen für alle Seiten nach der russischen Invasion Georgiens 2008 initiiert, sowie Truppen und Kommandeure für die EU-Mission am Balkan und die Afghanistan-Mission der NATO beigetragen. Außerhalb ihrer Region ist die Türkei zu einem Beobachter im Golfkooperationsrat und in der Afrikanischen Union geworden und der türkische Kandidat hat die erste demokratische Wahl zum Vorsitzenden der 57 Nationen umfassenden Organisation der Islamischen Konferenz gewonnen. Dieser produktive Aktivismus wurde im vergangenen Jahr durch den Erfolg gekrönt, als 151 Staaten die Türkei zum nicht-ständigen Mitglied des UNO-Sicherheitsrates für die Periode 2009 - 2010 wählten.

Das vielleicht bemerkenswerteste Beispiel für das neue und erfolgreiche Engagement der Türkei in ihrer Region war die Entwicklung einer sorgfältig ausgewogenen Irakpolitik. Einerseits führte diese zur Verbesserung der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten, die durch die Weigerung des türkischen Parlaments Schaden genommen hatten, amerikanischen Truppen die Invasion des Irak über türkisches Hoheitsgebiet zu erlauben - ein demokratischer Reflex, auf den jeder europäische Staat hätte stolz sein können -, andererseits bestand einer ihrer ersten Beiträge darin, die Aussöhnung der sunnitischen Muslime mit der neuen Ordnung im Irak zu fördern. Auch hat die Türkei Verbindungen zu Faktionen der schiitisch-muslimischen Mehrheit aufgebaut und ihnen eine Alternativen zu ihrer wichtigsten Beziehung mit dem Iran geboten. Ab 2003 initiierte die Türkei

Treffen der Nachbarstaaten des Irak, deren Außenminister ein Dutzend Mal zusammenkamen, um das Risiko für einen Zerfall des Irak zu verringern. Vor allem aber überkam sie alte Tabus und begann, öffentlich mit der Regionalregierung Kurdistans im Irak zusammenzuarbeiten. Diese Politik hat Irak geholfen, aber auch die PKK in Schranken gehalten, deren Hauptstützpunkte sich im Nord-Irak befinden. Türkische Produkte und Lieferanten, die lange den kurdischen Markt des Irak dominierten, spielen zunehmend in ganz Irak eine Rolle und bieten sich europäischen Unternehmen, die dort Geschäfte machen wollen, als Partner an.

Viele muslimische Führer, Intellektuelle und Meinungsmacher nehmen die Behandlung der Türkei durch die EU als einen Indikator für europäische Haltungen gegenüber der muslimischen Welt wahr. Die Präsenz von mehr als 200 Journalisten aus dem Nahen Osten, die Zeuge der Entscheidung des Europäischen Rates von Brüssel im Dezember 2004 waren, Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu eröffnen, ist ein gutes Beispiel für diese Resonanz. Es wäre jedoch falsch, die intensivierten Beziehungen der Türkei

Ohne die Türkei wird es der EU schwerer fallen, ihre Interessen in der Region wahrzunehmen.

mit ihren östlichen Nachbarn als „islamische“ Außenpolitik anzusehen, selbst wenn Präsident Gül und Premierminister Erdoğan gegenüber dem Mittleren Osten offener sind als frühere Generationen türkischer Politiker. Überdies unterstreichen die Interventionen türkischer Vertreter bei islamischen Konferenzen häufig die europäischen Bedenken betreffend Reformen, Frauenrechte und die Notwendigkeit, die Gewohnheit aufzugeben, Israel für alle Probleme der Region verantwortlich zu machen.

Die Neugewichtung des internationalen Profils der Türkei findet jedoch nicht nur zwischen Ost und West statt: zwar ist die Türkei Mitglied der NATO, Russland aber wurde zum größten Handelspartner und Energielieferant des Landes und die Türkei hat es vermieden, sich in den Spannungen zwischen Russland und dem Westen zu verfangen. Es hat einige Zeit gedauert, bis europäische Politiker wahrgenommen haben, wie sehr die Türkei und besonders Istanbul seit dem Ende des Kalten Krieges, der das NATO-Mitglied Türkei von einem Großteil seines natürlichen kommerziellen Hinterlandes auf dem Balkan, am Schwarzen Meer, im Kaukasus und im Mittleren Osten abgeschnitten hatte, zu einem vielseitigen regionalen Zentrum geworden ist. Die europäische Visa-Politik hat zur Folge, dass selbst europäische Unternehmen es nützlich finden,

regionale Betriebe in Istanbul anzusiedeln, und viele Verträge, die multinationale Unternehmen mit Russland oder Zentralasien abschließen, kämen ohne die sorgfältige Unterstützung durch türkische Subunternehmer nicht zustande oder würden nicht umgesetzt werden.

Allein aufgrund ihrer Geografie ist die Türkei für die europäische Energiesicherheit unerlässlich und einige der wichtigsten Transportwege für Energie führen quer durch das Land. Dazu gehören die Tanker, die die türkischen Meeresstraßen befahren, ebenso wie Erdölpipelines aus dem Irak und aus Aserbaidschan zum Mittelmeer sowie die verschiedenen Erdgaspipelines aus Russland, Aserbaidschan und dem Iran. Erdgas durchquert das Land bereits in westlicher Richtung nach Griechenland und ein Weiteranschluss nach Italien ist geplant. Anfangs wurden diese Pipelines von einigen als Luftschlösser abgetan, doch ist das Netz seither ständig gewachsen. Die Umsetzung des grundsätzlich vielversprechenden Nabucco - Projekts einer Erdgaspipeline von der Türkei in die EU hat sich wegen eines Mangels politisch unverfänglicher Gaslieferungen und der übermäßig hohen Transit- und Gewinnforderungen der Türkei verzögert. Darüber hinaus leidet die geplante Pipeline auch an fehlender europäischer Entschlossenheit, obwohl Nabucco eine echte Chance für neue nicht-russische Gaslieferungen aus dem Kaspischen Becken, Irak und dem Iran bietet, sobald sich die Beziehungen Teherans zu Washington verbessert haben. Die im Juli 2009 erfolgte Unterzeichnung des Nabucco - Vertrages ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt vorwärts.

Angesichts der Rolle der Türkei als mögliches Energiezentrum ist es paradox, dass Zypern die EU zwingt, die Eröffnung des Energiekapitels bei den Beitrittsverhandlungen zu blockieren. Obzwar sowohl die Türkei als auch die EU zweifellos auch weiterhin von den riesigen Öl- und Gasvorräten Russlands abhängig bleiben werden, könnte Ankara ein Schlüsselpartner der EU auf dem Energiesektor sein, wenn europäische Politiker zu mehr Investitionen für solche Projekte und einer größeren Konsistenz in den Beziehung zur Türkei bereit wären. Bisher war Russland der einzige Gewinner von Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage.

Die Türkei trägt zur Krisenlösung bei, baut ihre Rolle als globaler Knotenpunkt für den Energietransport aus und inspiriert regionale Nachahmer mit ihrer relativ erfolgreichen

Mischung aus Marktwirtschaft, Demokratie, Nationalstolz und muslimischen Traditionen. Das Beispiel ihrer Transformation hat dazu beigetragen, den Einfluss wichtiger EU-Werte Richtung Osten auszudehnen. Auf diese Weise hat die Türkei mitgeholfen, Probleme weiter von den Grenzen der Europäischen Union zurückzudrängen. Sie hat dadurch bewiesen, dass ein EU-Mitglied Türkei mit Grenzen zu Syrien, zum Iran und Irak keine Belastung wäre, sondern ein guter Partner, der dazu beiträgt, europäische Interessen im Mittleren Osten und anderswo zu managen und zu fördern. In den Ländern Zentralasiens, deren Bevölkerungen überwiegend Turksprachen sprechen, sind türkische Geschäftsleute oft die größte Einzelgruppe, die erfahrendsten Auftragnehmer und die Unternehmen, die in der Lage sind, am schnellsten und effizientesten zu arbeiten. Eine von der EU gestärkte Türkei könnte Europa zum Mitspieler in einer Region machen, die derzeit von Russland, China und den Vereinigten Staaten dominiert wird.

Es gibt kein anderes Land, dessen Politiker so oft die Möglichkeit haben, zwischen derart unterschiedlichen Hauptstädten wie Moskau und Damaskus, Teheran und Jerusalem zu reisen, wo sie überall respektvoll empfangen werden und sich auf breiter Front für wichtige politische Ziele einsetzen können. Die Türkei kann im Alleingang sicherlich keine Krise und kein Problem für die EU lösen, aber ohne die Türkei wird die Wahrnehmung der europäischen Interessen in der Region für die EU zu einer wesentlich schwierigeren Aufgabe.

VI Die Öffnung der Türkei zu Armenien

Die Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien werden von einigen miteinander zusammenhängenden Problemen belastet. Türken und Armenier sind seit langem unterschiedlicher Meinung über die Bezeichnung der Massaker aus der Osmanischen Ära, die während des ersten Weltkriegs an Armeniern verübt worden waren. Weiters hat die Türkei, die aufgrund sprachlicher Verbindungen und inzwischen wichtiger Öl- und Gaspipelines eine enge Partnerschaft zu Aserbaidschan unterhält, jegliche Verbesserung ihrer Beziehung zu Armenien von einer Verhandlungslösung für die überwiegend von Armeniern bevölkerte Enklave Berg Karabach in Aserbaidschan abhängig gemacht, die durch die Armenier in den Jahren 1992-1994 erobert wurde. Diese Kontroversen haben dazu geführt, dass die Türkei und Armenien nach dem Zerfall der Sowjetunion keine diplomatischen Beziehungen aufgenommen haben. Auch hat die Türkei 1993 die Grenzen zu Armenien geschlossen, um Druck auf die armenischen Streitkräfte auszuüben, sich aus den 13,5% von Aserbaidschan zurückzuziehen, die sie gegenwärtig besetzt halten.

Die junge türkische Republik, die sich in ihrem Kampf um das nationale Überleben von allen Seiten bedroht fühlte, hat sich niemals zu den in den letzten Tagen des Osmanischen Reiches begangenen Gräueltaten bekannt. Auch wurde sie durch Gebietsansprüche und Reparationsforderungen von Armeniern alarmiert und war darüber verstimmt, dass die türkischen Verluste und die Kriegsbedingungen in Ostanatolien, unter denen die Osmanen an drei Fronten gegen Eindringlinge ankämpfen mussten, nicht berücksichtigt wurden. Die offizielle Linie in Frage zu stellen wurde daher zur Straftat und das Thema zu einem Tabu.

Inzwischen verlangte Armenien von der Türkei, die Ereignisse als „Völkermord“ anzuerkennen. Vor allem die großen

armenischen Diasporen in Europa und Amerika haben diese Forderung radikal vertreten. Zwischen 1973 und 1984 töteten Diaspora-Terroristen 30 Mitglieder des türkischen diplomatischen Dienstes und ihre Familien. An der politischen Front haben Diaspora-Lobbyisten mit moralischer Unterstützung Armeniens erreicht, dass mehr als 20 Parlamente, darunter einige in Europa, Entschlüsse über die Anerkennung der Geschehnisse als Völkermord verabschiedeten.

Im vergangenen Jahrzehnt kam es gleichzeitig mit dem neuen nationalen Selbstbewusstsein der Türkei, welches durch den positiven Kreislauf von EU-Annäherung und den von der EU unterstützten inländischen Reformen hervorgerufen wurde, in der armenischen Frage zu einem bemerkenswerten Umschwung. Diese Entwicklung wurde von Intellektuellen angeführt, die als erste mit dem gesamten internationalen Wissensstand über diese Frage konfrontiert waren. Romanautoren begannen sich mit einem Verlust- und Schuldgefühl angesichts der einstmaligen zentralen armenischen Säule der osmanischen Gesellschaft auseinanderzusetzen. Auch die breitere Öffentlichkeit erhielt durch Reisen, Buchübersetzungen und das Internet Zugang zu zusätzlichen Informationsquellen. 2005 machten türkische Entscheidungsträger den Vorschlag, die Angelegenheit einer gemeinsamen türkisch-armenischen Historikerkommission zu übergeben. Bedauerlicherweise wurde dieser Vorschlag von Armenien abgelehnt. In türkischen offiziellen Erklärungen und

Die Republik Türkei hat sich niemals zu den Gräueltaten bekannt, die während der letzten Tage des Osmanischen Reiches begangen wurden.

Schulbüchern begann man, die Verwendung des alten Begriffs „sogenannter Völkermord“ zugunsten einer neutraleren Terminologie wie „die Ereignisse von 1915“ aufzugeben. 2008 unterzeichneten 200 Intellektuelle, denen sich später 30.000 weitere türkische Bürger anschlossen, eine Online-Petition, in der sie sich persönlich für die „große Katastrophe“ entschuldigten, die 1915 über die Armenier hereingebrochen war. Damit spiegelten sie ein wachsendes Gefühl wieder, dass es an der Zeit wäre, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Auch in die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern kam Bewegung. Trotz der Grenzschießung waren die Flugverbindungen während beinahe der gesamten Zeit offen geblieben. Jeden Monat transportieren türkische Geschäftsleute Exportwaren im Wert von ca. zehn Millionen Dollar durch

Georgien und den Iran nach Armenien. Zehntausenden Armeniern wurde informell der Aufenthalt in der Türkei zu Arbeitszwecken gestattet. Im Verlauf der letzten Jahre konnten Geheimgespräche zwischen türkischen und armenischen Vertretern gewisse Fortschritte erzielen. Nach der Wahl des armenischen Präsidenten Serzh Sarkisian im Februar 2008 wurde eine neue Seite aufgeschlagen. Der türkische Präsident Gül nahm im September 2008 eine Einladung an, bei einem türkisch-armenischen Fußballspiel in Eriwan anwesend zu sein. Dieser Begegnung folgten intensive, aber diskrete diplomatische Kontakte, einschließlich solcher auf Ebene der Außenminister. Im April 2009 kündigten

Im April 2009 kündigten beide Seiten eine Einigung über einen „umfassenden Rahmen“ zur Normalisierung der Beziehungen an.

die beiden Seiten eine Einigung über einen „umfassenden Rahmen“ zur Normalisierung an. Obwohl dies nicht öffentlich gesagt wurde, ging man davon aus, dass diese Vereinbarung die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die Wiedereröffnung der Grenzen und

die Einrichtung einer bilateralen Kommission, einschließlich einer Unterkommission über die Ereignisse von 1915 vorsah. Bedauerlicherweise schien die Türkei einige Wochen später von dem Abkommen wieder abzurücken, indem sie erneut jegliche türkische Bewegung von Fortschritten in der Berg Karabach - Frage abhängig machte.

Ein kompliziertes Dreieck verbindet die drei wichtigsten Fragen, um die es geht: die Ereignisse von 1915, die türkisch-armenische Normalisierung und der Berg Karabach - Konflikt. Fortschritte in einer dieser Angelegenheiten würden sich auf die anderen positiv auswirken. Wenn dagegen auf keinem der drei Gebiete Fortschritte ermöglicht werden, würde dies den bisherigen Stillstand nur verlängern. Es ist zum Beispiel eine Tatsache, dass die 16 Jahre andauernde Schließung der türkisch-armenischen Grenze Aserbaidschan in keiner Weise dabei geholfen hat, von Armenien besetzte Gebiete zurückzugewinnen. Ein Armenien, das sich aufgrund einer normalisierten Beziehung mit der Türkei sicherer fühlt, könnte dagegen den Stein ins Rollen bringen und Fortschritte bei der Beilegung dieses Konfliktes herbeiführen, der sich zwei Jahrzehnte lang allen internationalen Vermittlungsbemühungen entzogen hat.

Eine türkisch-armenische Normalisierung wird den Aussöhnungsprozess mit der Vergangenheit vereinfachen und umgekehrt. Die eigene Geschichte zu bewältigen ist jedoch eine

Aufgabe, die nur von der türkischen Gesellschaft selbst erledigt werden kann. Historiker beider Seiten können dafür den Boden bereiten, vorzugsweise indem sie miteinander und mit Dritten zusammenarbeiten, damit ihre Forschungsergebnisse für die jeweils andere Seite vertrauenswürdig sind. Gesetze von ausländischen Parlamenten sind und bleiben dagegen kontraproduktiv für diesen Prozess, provozieren nationalistische Reaktionen und verzögern Veränderungen. Überdies haben solche Entschließungen über Völkermord keine Chance, die Türkei zu überzeugen, da sie in der Regel eher das Ergebnis internen politischen Drucks als großer moralischer Bedenken zu sein scheinen und außer Acht lassen, dass die meisten gesetzgebenden Körperschaften dazu neigen, die Fehler der eigenen nationalen Vergangenheit zu verschweigen.

Mit erheblichem politischem Mut haben der türkische Präsident Gül und der armenische Präsident Sarkisian die Tabus gebrochen, die viel zu lange jeden Fortschritt verhindert haben. Beide Seiten sollten die dadurch entstandene Dynamik bestmöglich nutzen und so rasch wie möglich zu dem Fahrplan zurückkehren, der die türkisch-armenische Normalisierung getrennt von anderen Fragen im Kaukasus behandelt. Für Armenien wird dies die Isolierung des Landes und seine nahezu vollständige Abhängigkeit von Russland beenden und ein westliches Tor nach Europa öffnen. Im Falle der Türkei werden ehrliche Bemühungen zur Beilegung der Meinungsverschiedenheit, auch wenn sie kein formales Kriterium für den möglichen EU-Beitritt sind, ein starkes Signal an die Europäer sein, dass die Türkei zur Aussöhnung mit ihrer eigenen Vergangenheit bereit ist. Gute Beziehungen mit allen Nachbarn werden von einem EU-Beitrittskandidat erwartet und jedes Beitrittsabkommen muss letztendlich vom Europäischen Parlament ratifiziert werden, das in der Vergangenheit seine Sensibilität für die armenische Frage hat erkennen lassen.

Die Unabhängige Kommission ist überzeugt, dass eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien nach wie vor erreichbar ist und das Positive symbolisieren würde, welches die Neutralitätspolitik der Türkei in der Region zu erzielen versucht hat. Zugleich wäre sie ein Beispiel für staatsmännische Fähigkeiten, die dazu beitragen können, die unberechenbare Situation im Südkaukasus zu beruhigen.

VII Islam und der säkulare türkische Staat

Seit ihrer Gründung im Jahr 1923 hat sich die türkische Republik das französische Ideal eines säkularen Staates zum Vorbild genommen und das Ziel verfolgt, dass die Religion in Regierung und Politik keine Rolle spielt. Die Religionsfreiheit des Einzelnen ist geschützt, während gesetzliche Sanktionen jedes Eintreten für eine Rückkehr zum islamischen Gesetz der Scharia verhindern. Gleichzeitig kontrolliert der Staat eine etablierte sunnitische Hierarchie und bezahlt die Vorbeter des Landes als Staatsbedienstete, er ist Eigentümer der meisten Moscheen und steuert zentral den Inhalt der Predigten. Dieses System bildet eine wesentliche Grundlage des modernen türkischen Staates.

Säkulare Türken und einige Europäer sind beunruhigt über das, was sie in vergangenen Jahren als zunehmende „Islamisierung“ der türkischen Gesellschaft ansehen. In den Stadtzentren scheinen mehr Frauen ein Kopftuch zu tragen und in konservativen Gegenden vermeint man inzwischen häufiger Frauen mit dem schwarzen, Kopf und Körper bedeckenden *çarşaf*-Umhang anzutreffen. Manche bringen dies mit der AKP-Regierung

Säkulare Türken und Europäer sind beunruhigt über das, was sie als „schleichende Islamisierung“ der türkischen Gesellschaft wahrnehmen.

und ihrem angeblichen „Geheimplan“ in Verbindung, die Türkei in einen auf islamische Grundsätze gestützten Staat umzuwandeln. Gegner der Regierungspartei weisen auf die Art und Weise hin, wie die Regierung Personen mit einer strengeren

religiösen Grundhaltung als Staatsbeamte aufgenommen hat. Sie beklagen ebenfalls, dass von der AKP verwaltete Gemeinden einen „Nachbarschaftsdruck“ kultivieren, der Frauen, die sich nach ihren Wünschen kleiden wollen, einschüchtert, die Menschen davon abhält, während des muslimischen Fastenmonats Ramadan in der Öffentlichkeit zu essen oder zu trinken und den Verkauf von

Alkohol effektiv aus den Stadtzentren der Provinzstädte verdrängt hat. Eine Folge dieser Wahrnehmung bestand darin, dass zehn der elf Richter des Verfassungsgerichtshofes, einer Bastion des türkischen Säkularismus, die AKP 2008 für schuldig befanden, „ein Brennpunkt anti-säkularer Aktivitäten“ zu sein. Das Gericht fand jedoch nicht genügend Beweise, um die Partei aufzulösen.

Die AKP, ihrerseits, betrachtet sich als das muslimische Äquivalent einer christlich-demokratischen Partei in Europa. Sie meint, dass säkulare Gegner die Vorwürfe des Islamismus als Vorwand benutzen, um sich mit Methoden aus der autoritären Vergangenheit der Republik an den Hebeln der bürokratischen Macht festzuklammern. Hätte die Partei tatsächlich einen islamistischen Hintergedanken - fügen ihre Führer hinzu - so würde sie sich für die Einführung des islamischen Rechts einsetzen, was sie aber nicht tut. Ganz offensichtlich besteht das Anliegen der AKP darin, Wahlen zu gewinnen und im Amt zu bleiben, und eine Anlehnung an den Islamismus würde in der Türkei mehr Wähler abschrecken als anziehen. Eine weitere Partei, die sich noch expliziter zur Religion und zum Konservatismus bekennt und von der sich die liberaleren AKP-Politiker 2001 abgespalten haben, erhielt bei den Wahlen im März 2009 nicht mehr als 5,2% der Stimmen. Darüber hinaus verfügt die türkische Gesellschaft heute über ein starkes weltliches Wertefundament. Dies hat sich erneut gezeigt, als die Einwohner aus den Städten im Westen der Türkei, die traditionell über die Richtung des Landes entscheiden, 2007 friedliche Massendemonstrationen zur Unterstützung säkularer Grundsätze abgehalten und bei den Kommunalwahlen 2009 säkulare Parteien massiv unterstützt haben.

Es ist offensichtlich, dass die Religion in der türkischen Gesellschaft an Bedeutung gewonnen hat, ein Phänomen, das übrigens auch in anderen Ländern und für andere Glaubensrichtungen beobachtet werden kann. In der Türkei ist dies teils auf die offenere Atmosphäre im Zuge der Weiterentwicklung des Landes, teils auf die Migration aus traditionell religiöseren ländlichen Gebieten in die großen Städte zurückzuführen, aber auch auf den Machtkampf zwischen den neu urbanisierten, aufstrebenden, gläubigen Konservativen der AKP und den Säkularisten der alten Garde im Establishment, Militär und der Justiz. Ein typisches Beispiel für diese Polarisierung ist die Frage, ob die Türkei das Kopftuchverbot für Frauen an Universitäten aufheben soll. Auch Außenstehende haben in dieser Debatte

entgegen gesetzte Meinungen vertreten. So unterstützt Human Rights Watch beispielsweise das Recht einer erwachsenen Frau, das zu tragen, was ihr gefällt, während sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hinter das vom türkischen Verfassungsgerichtshof ausgesprochene Verbot gestellt hat. Gleichzeitig treten 70% der Türken für das Recht der Studentinnen ein, ein Kopftuch zu tragen. Türkische Frauen sind allerdings von viel schlimmeren Problemen betroffen – darunter Ehrenmorde, familiäre Hindernisse für die Ausbildung von Mädchen, arrangierte Ehen und eine geringe Vertretung in den höheren Schichten der Arbeitskräfte – aber das sind Probleme, die mit Armut, Tradition und Bildung zu tun haben und nicht mit der AKP oder dem Islam.

Es ist schwierig, in diesen heiklen Fragen, die für viele Europäer wichtig sind, zu einem endgültigen Schluss zu kommen. Ein Beispiel: während viele Menschen den Eindruck haben, dass mehr türkische Frauen in den Straßen der Innenstädte Kopftücher tragen, zeigte eine Studie der türkischen Stiftung für Wirtschaftliche und Soziale Studien (TESEV), dass das Tragen von Kopftüchern in absoluten Zahlen in Wahrheit zurückgegangen ist. Was sich mit Sicherheit sagen lässt, ist, dass das säkulare System der Türkei nicht in Zweifel gezogen wird. Umfragen zeigen, dass weniger als 10% der Türken das Scharia-Gesetz als Ideal unterstützen; wenn im Einzelnen auf überholte Themen wie Polygamie und körperliche Züchtigung eingegangen wird, sinkt die Unterstützung sogar auf einen Bruchteil dieses Wertes. Es steht außer Frage, dass der Säkularismus nach 80 Jahren eine feste Säule der türkischen Republik darstellt, selbst wenn die Bemühungen, eine Äquidistanz zwischen dem Staat und den Religionen aller türkischen Bürger herzustellen, nach wie vor als „work in progress“ bezeichnet werden muss. Medienspekulationen, Gerichtsverhandlungen und politische Rhetorik über die

Der Säkularismus ist ein stabiler Pfeiler der türkischen Republik.

Orientierung und Absichten der AKP sind zwar Teil eines politischen Machtkampfs, spiegeln aber gleichwohl auch die tatsächlichen Besorgnisse einer liberalen Zivilgesellschaft wieder und

erfordern eine sorgfältige Beobachtung. Es ist bedauerlich, dass die Führer der AKP nicht mehr getan haben, um die legitimen Ängste der Säkularisten in der Türkei zu beschwichtigen.

Von besonderem Interesse für die europäische öffentliche Meinung ist nicht zuletzt der Status der Nicht-Muslime in der Türkei. Armenische, jüdische, griechisch-orthodoxe und andere

christliche Gemeinschaften machen rund 0,2% der türkischen Bevölkerung aus, sohin etwa 150.000 Personen. In der Geschichte des Landes hat es immer wieder Zeiten gegeben, in denen diese Gemeinschaften Diskriminierungen und Schikanen ausgesetzt waren. Die tragischen Morde an einem römisch-katholischen Priester, einem armenisch-türkischen Zeitungsherausgeber und drei Mitgliedern einer Evangelistengemeinde in der Provinz in den letzten drei Jahren scheinen allerdings Einzelfälle zu sein, die ebensoviel mit fremdenfeindlichen Banden wie mit religiöser Diskriminierung zu tun haben. Die individuelle Freiheit der Religionsausübung wird in der Türkei seit langem in Theorie und Praxis garantiert, die auftretenden Probleme sind vielmehr anderer Art. Notwendig wäre es, dass die Türkei ihre Haltung zur Frage der Rechtspersönlichkeit und des Eigentumsrechts von Religionsgemeinschaften modernisiert, die Ausbildung von Priestern aller gesetzlich anerkannten Glaubensgemeinschaften zulässt, die Erteilung von Arbeitserlaubnissen für ausländische Geistliche liberalisiert und indirekten bürokratischen Schwierigkeiten beim Erhalt und der Verschönerung von Kirchen und Gebetshallen nicht etablierter Religionsgemeinschaften auf lokaler Ebene ein Ende macht. Um einige dieser Probleme zu entschärfen, hat die Regierung 2008 ein Gesetz über Stiftungen verabschiedet, das die Eigentumsrechte von Nicht-Muslimen wiederherstellen und Religionsgemeinschaften den Besitz von Grundstücken gestatten soll. Dieses Gesetz kann jedoch nur als ein erster Schritt in die richtige Richtung angesehen werden.

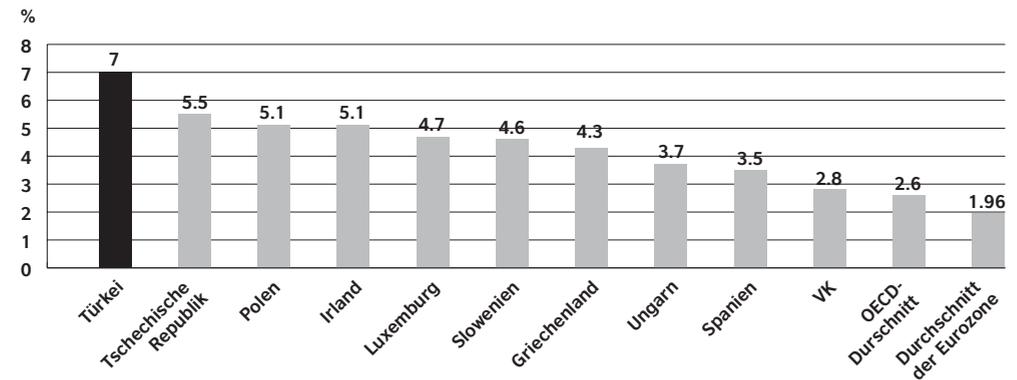
Die 4,5 Millionen Türken, die in Europa leben, genießen weitgehende Rechte zur Ausübung ihrer Religion, darunter die Möglichkeit der Errichtung von Tausenden von Moscheen. Da mehr und mehr EU-Bürger in der Türkei leben, sollte die Regierung auf ihre Anliegen ebenfalls mit größerer Dringlichkeit eingehen.

Die Türkei ist bereits heute der demokratischste und säkularste Staat in der muslimischen Welt. Die Unabhängige Kommission ist davon überzeugt, dass eine feste Verankerung der Türkei in der EU zusätzlichen Schutz für die säkularen Grundsätze der Republik bieten würde.

VIII Ökonomische Widerstandskraft

Die Türkei verfügt über eine funktionierende Marktwirtschaft und ihre Widerstandskraft gegenüber der globalen Finanzkrise zeigt die erheblichen Fortschritte, die während des vergangenen Jahrzehnts der Annäherung an Europa erzielt wurden. Im Zeitraum 2002-2007 wurde die Inflation erfolgreich eingedämmt und ein hohes Wirtschaftswachstum erzielt. Der Schuldenstand der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist dank primärer Haushaltsüberschüsse, einer vom Internationalen Währungsfonds unterstützten Steuerdisziplin und hervorragender Bedingungen an den internationalen Märkten im Vorfeld der Krise zurückgegangen. Historisch hohe Direktinvestitionen strömen unverändert ins Land und unterstützen zusätzlich die Stabilität und Entwicklung der türkischen Wirtschaft. Die zunehmende Investitionssicherheit und Vorhersehbarkeit der Politik, die sich aus der auf die EU-Mitgliedschaft ausgerichteten Transformation des Landes ergeben, waren ein wichtiger Auslöser für diesen wachsenden Wohlstands. Die Türkei mit ihrem jungen und rasch wachsenden Markt, ihrer bewährten Basis für hochwertige verarbeitende Industrien und ihren Betrieben, die mit einer weitläufigen und sich dynamisch entwickelnden Region vertraut sind, zu deren wichtigen kommerziellen Zentren die Türkei zählt, bleibt eine Wirtschaft mit einem großen Potenzial für europäische Unternehmen.

Reales Wirtschaftswachstum (Durchschnitt 2002 – 2007)



Insgesamt betrug das durchschnittliche BIP-Wachstum der Türkei im Zeitraum 2002-2007 rund 7%, obschon die Wachstumsrate 2008 aufgrund des globalen Abschwungs auf 1,1% gesunken ist. Der IWF hat die Türkei gewarnt, sich 2009 auf eine 5%ige Schrumpfung vorzubereiten, verursacht durch einen

Sowohl das Haushaltsdefizit als auch die Höhe der Staatsverschuldung der Türkei erfüllen inzwischen die Maastricht-Kriterien.

Export-, Konsum- und Investitionsrückgang, rechnet aber 2010 mit einer Rückkehr zu einem Wachstum von 1,5%. Sowohl das Haushaltsdefizit als auch die öffentliche Verschuldung – die 2008 auf der Basis der EU-Definitionen 2,2% und 39,5% des BIP

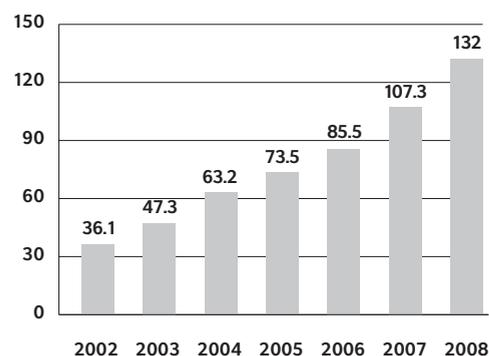
betragen – entsprechen inzwischen den Maastricht-Kriterien. Die Krise hat auch den Druck auf das Leistungsbilanzdefizit der Türkei abgeschwächt, das 2008 5,7% des BIP ausmachte und gemäß den Vorhersagen des IWF 2009 auf 1,2% zurückgehen soll.

2008 war die Inflationsrate der Türkei - die 2003 noch 45% und 1998 sogar 84% betragen hatte - mit 10,4% zwar relativ hoch, lag jedoch noch unter dem Wert einiger EU-Mitglieder wie Lettland, Litauen, Bulgarien und Estland. Der IWF und die türkische Zentralbank gehen davon aus, dass die Inflation 2009 auf etwa 7% fallen wird.

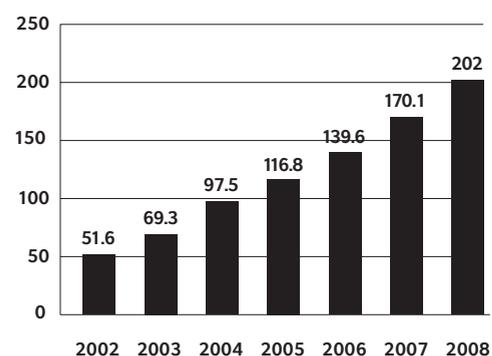
Die Exporte sind 2008 um 23% auf 132 Milliarden USD, die Importe um 19% auf 202 Milliarden USD gestiegen. 2009 rechnet die Regierung dagegen mit einem Rückgang der Exporte um 7% und einem Rückgang der Importe um 10,4%.

Exporte und Importe

Exporte (Milliarden USD)



Importe (Milliarden USD)



Der Bankensektor hat sich dank der Marktberreinigung während einer inländischen Finanzkrise in den Jahren 2000 und 2001 und dem neuen Bankgesetz 2005 als besonders stark erwiesen. Die Kapitaladäquanzkennzahlen waren 2008 höher als in Polen oder Ungarn und das Gesamtkapital stieg in der Zeit von September 2008 bis März 2009, den schlimmsten Monaten der globalen Finanzkrise, der bisher noch keine türkische Bank zum Opfer gefallen ist, sogar um 9%. Zwar könnte sich die Qualität der Kredite an türkische gewerbliche Kreditnehmer verschlechtert haben, doch sind die Gewinne im ersten Quartal 2009 gegenüber demselben Zeitraum des Vorjahres in türkischen Lira um 23% gestiegen. Als typisches Beispiel für das Wachstumspotenzial des Landes sei erwähnt, dass die Kreditaufnahme der türkischen Haushalte nur ein Siebtel von jenen in der EU beträgt. Zugleich ist die Türkei ein junges Land, 62% der Türken sind jünger als 35 Jahre. Seit 2002 hat der Finanzsektor erheblich Auslandsinvestitionen angezogen und italienische, britische, französische, belgische, niederländische und griechische Banken haben beträchtliche Beteiligungen an türkischen Banken erworben, sodass die Markennamen und Interessen europäischer Banken heute in den Geschäftsstraßen aller türkischen Städte vertreten sind.

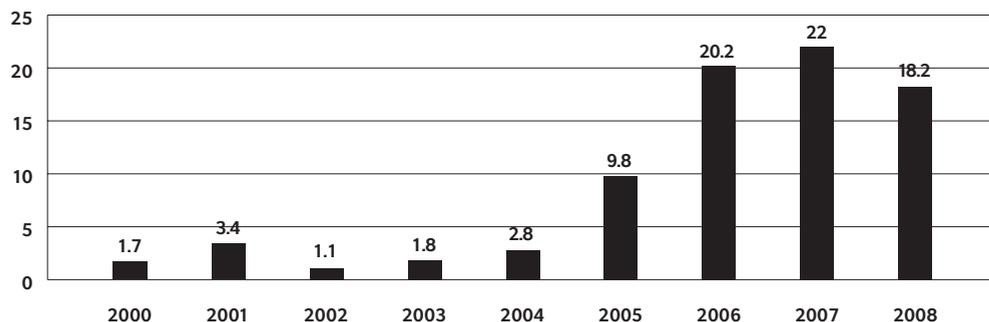
Solche Einkäufe waren Teil einer ersten großen Welle von ausländischen Direktinvestitionen, die mit der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen in 2005 in das Land zu strömen begannen. Nach Jahrzehnten, in denen die Investitionen jährlich bei 1-2 Milliarden USD stagnierten, erreichten diese 2007 mit 22 Milliarden USD einen Höhepunkt. Zwei Drittel der Investitionen während dieses Jahrzehnts entfielen auf Unternehmen mit Sitz in

der EU, angeführt von Griechenland, Österreich, Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich. Gleichzeitig stieg die Zahl der in der Türkei tätigen deutschen Unternehmen in den drei Jahren nach 2005 um mehr als das Doppelte auf 3.000, als türkisch-deutsche Geschäftsleute rasch aktiv wurden, um das neue Potenzial der Türkei zu nutzen. Obschon die Investitionen nach Beginn der globalen Krise Mitte 2008 ungefähr um die Hälfte zurückgingen, strömten im letzten Quartal 2008 weiterhin Gelder in gleichmäßigem Tempo in die Türkei (3,8 Milliarden USD). Weitere Privatisierungen von staatlichen Unternehmen und einer großen staatlichen Bank werden in nächster Zukunft wahrscheinlich noch mehr europäische Gelder anlocken.

Solche Privatisierungen erbrachten in diesem Jahrzehnt rund 50 Milliarden USD für die Kassen des türkischen Staates und haben dazu beigetragen, die türkische Wirtschaft zu transformieren und zu internationalisieren. Überdies haben in der EU angesiedelte Unternehmen wie Carrefour aus Frankreich, OMV aus Österreich, Bosch und Siemens aus Deutschland und Vodafone aus dem Vereinigten Königreich erheblich in die verarbeitende Industrie, den Einzelhandel und in den Energie- und Telekommunikationssektor investiert. Die Investitionen sind jedoch keine Einbahnstraße und türkische Firmen erhöhen ihr Engagement in Europa. Große europäische Markennamen wie Godiva - Schokoladen, Grundig - Fernsehgeräte, Blomberg - Haushaltsgeräte und Fliesen von Villeroy und Boch sind inzwischen Produktlinien in türkischem Eigentum, deren Mutterunternehmen zunehmend Design, Entwicklung und Herstellung übernehmen. Überdies hat sich die Realität der Türken in Europa inzwischen sehr weit von ihrem Gastarbeiterimage aus den 1960er bis 1980er Jahren entfernt. 2008 waren mehr als 130.000 Türken in Europa Unternehmer, die insgesamt rund 14,4 Milliarden € in Unternehmen mit rund 600.000 Beschäftigten investiert haben.

Ausländische Direktinvestitionen in der Türkei 2000 – 2008

Milliarden USD



Die Zollunion mit der Türkei von 1996 stellt die weitestgehende Wirtschafts- und Handelsbeziehung dar, die die EU zu einem Nicht-Mitglied unterhält. Allerdings weist diese Partnerschaft gewisse Mängel auf. Die Türkei beschwert sich vor allem über die Freihandelsabkommen, die die EU mit Drittländern aushandelt und die diesen nach den Regeln der Zollunion zollfreien Zugang zum türkischen Markt gewähren, ohne sie jedoch zu zwingen, gleichzeitig ihre Märkte für die Türkei zu öffnen.

Die türkische Wirtschaft hat jedoch auch ihre eigenen Probleme. 2008 lag die Arbeitslosigkeit offiziell bei 10,6%; in Wirklichkeit dürfte sie jedoch noch deutlicher über dem EU-Durchschnitt von 7,6% liegen. 2005 wies die Türkei beim

Die Türkei weist große regionale Unterschiede bei den Produktivitätsniveaus und der Beteiligung von Frauen auf.

Produktivitätsniveau und der Beteiligung von Frauen an der Wirtschaft die größten inter-regionalen Unterschiede aller Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf. Diese Ungleichheiten haben in der Vergangenheit zu

großen und nicht unproblematischen Migrationsströmen in die wohlhabenderen Städte geführt. Die Landwirtschaft trägt 8,7% zum BIP bei, gegenüber durchschnittlich 1,6% in der EU. Rund 26% aller Türken arbeiten noch immer in landwirtschaftlichen Betrieben, gegenüber 5,4% in der EU. Immerhin aber hat die Anzahl der Landwirte von 33% im Jahr 2002 bis heute doch beträchtlich abgenommen. Die Türkei hat mit einer Reform ihres großen, fragmentierten und ineffizienten Agrarsektors begonnen. Gleichzeitig wurden Arbeiten in Angriff genommen, um die Landwirte zu registrieren, direkte Beihilfen zu reduzieren, künstliche Leistungsprämien zu streichen und das Problem der

geringen Produktivität anzugehen.

Neben der EU-Bewerbung diente ein im Mai 2008 erfolgreich abgeschlossenes IWF-Programm als weiterer wichtiger Anker, der seit 1999 das Vertrauen in die türkische Politik und das Anlegervertrauen gesichert hat. Obwohl die Türkei bisher die globale Finanzkrise aufgrund des plötzlichen Rückgangs ihres Leistungsbilanzdefizits bewältigen konnte, bleiben strukturelle Probleme bestehen. Rating-Agenturen und die eigene Geschäftswelt der Türkei setzen sich dafür ein, dass noch vor dem Herbst 2009 ein lang diskutiertes, neues Zweijahres-Programm des IWF über 20 Milliarden USD abgeschlossen wird. Falls dies nicht geschieht, könnte ein neuer Teufelskreis ausgelöst werden, in dem ein schwächeres Marktvertrauen zu erhöhten Abflüssen ausländischen Kapitals und einem Abwärtsdruck auf die Währung führt, was wiederum höhere Zinssätze zur Folge hätte.

Die Widerstandskraft der türkischen Wirtschaft hat ihr jedoch Optionen verschafft, die sie niemals zuvor besessen hat und die die grundsätzliche und wachsende Stärke der Türkei unterstreichen. Die Türkei ist allerdings eine Regionalmacht, die ihrer Beziehung zu Europa den Vorrang geben muss. Die EU als Ganzes ist mit Abstand ihr wichtigster Handelspartner. 2008 machte der Handel mit den 27 EU-Ländern 48% aller Exporte und 37% aller Importe der Türkei aus (gegenüber 56% beziehungsweise 40% in 2007). Für die EU ist die Türkei der fünftgrößte Exportmarkt, noch vor Japan und die Nachfrage des türkischen Marktes kann für europäische Unternehmen sehr lukrativ sein, wie etwa die Ausschreibung türkischer Fluggesellschaften für 105 neue Flugzeuge im Januar 2009 gezeigt hat.

Die Unabhängige Kommission ist davon überzeugt, dass die beiderseitigen wirtschaftlichen Vorteile einer Annäherung der Türkei an die EU, das Handelsvolumen, die Vielzahl der Geschäftsbeziehungen zwischen der Türkei und der EU sowie das Wachstumspotenzial überzeugende Argumente für eine weitere Integration sind. Halbheiten und Spekulationen über alternative Optionen zu einer Mitgliedschaft können die Türkei nicht davon überzeugen, dass sie ein vollwertiges Mitglied des EU-Teams ist und werden EU-Unternehmen bei ihren Bemühungen um die Erteilung dringend benötigter Aufträge schaden. Auf türkischer Seite wird Halbherzigkeit die regulatorischen Änderungen aufhalten, die notwendig sind, damit die Türkei konkurrenzfähig bleibt, und die Transformation verzögern, welche die Türkei durchführen

muss, um ihrer jungen und wachsenden Arbeitskraft das nötige wirtschaftliche Wachstum zu bieten. Kurz gesagt, das ernsthaft verfolgte Ziel der Mitgliedschaft ist eine wesentliche treibende Kraft, die sowohl für die EU als auch für die Türkei Wohlstand bringen kann.

Ein Vergleich der Wirtschaftsindikatoren (2008)

	Einheiten	Türkei	Kroatien	Bulgarien	Rumänien	Euro-Zone	EU-27
BIP	Milliarden Euro	498.4	47.4	34.1	137.0	9.209	12.507
Pro-Kopf-BIP in KKS* (Prognose)	EU-27=100	44.3	63.0	39.2	44.9	111.2	100.0
Inflation (Verbraucherpreise, Jahresende)	% (Veränderung)	10.4	5.8	7.2	6.3	1.6	3.7
Bruttostaatsverschuldung	% (des BIP)	38.8**	37.7**	14.1	13.6	69.1	61.5
Haushaltsüberschuss	% (des BIP)	-1.8	-1.6**	1.5	-5.4	-1.9	-2.3

*Kaufkraftstandards, **Angaben von 2007

Quellen: Eurostat, AMECO, IWF, Agentur für Investitionsunterstützung und -förderung der Republik Türkei.

Schlussfolgerungen

1 Die Entscheidung des Europäischen Rates, 2005 Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufzunehmen, machte den Weg frei zur vollen Integration des Landes in europäische Strukturen, ein Ziel, das von der Türkischen Republik seit ihrer Gründung angestrebt wird und nach dem zweiten Weltkrieg mit der Mitgliedschaft der Türkei im Europarat und in vielen anderen europäischen Organisationen beträchtlich näher rückte. Unglücklicherweise haben negative Äußerungen einiger europäischer Politiker bald nach der einstimmigen Beschlussfassung durch die EU-Staats- und Regierungschefs ebenso wie Bestrebungen, das erklärte Ziel der Mitgliedschaft durch alternative Optionen zu ersetzen und Hindernisse, die den Verhandlungen in den Weg gelegt wurden, den Prozess beinahe zum Entgleisen gebracht. In der Türkei führte dies zu einem dramatischen Rückgang der

Die europäischen Regierungen müssen ihre Verpflichtungen erfüllen und die Türkei mit Respekt behandeln.

Unterstützung für den EU-Beitritt in der türkischen Öffentlichkeit und verstärkte die mangelnde Entschlossenheit der Regierung, die Transformation der Türkei fortzusetzen. Dies leistete wiederum den Argumenten der Skeptiker in europäischen Ländern Vorschub, für die die mangelnden Reformen der Beweis dafür waren, dass die Türkei einer EU-Mitgliedschaft nicht würdig sei. Die Unabhängige Kommission ist der Auffassung, dass der dadurch entstandene Teufelskreis sowohl im Interesse der Türkei als auch in jenem der Europäischen Union dringend durchbrochen werden muss. Dies erfordert eine Haltungsänderung sowohl der europäischen, als auch der türkischen Führungen. Die europäischen Regierungen müssen die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen respektieren und die Türkei mit Fairness und Respekt behandeln, die ihr zustehen. Die Türkei – und das gilt sowohl für die Regierung als auch für die

Opposition – muss ihre vielen Unterstützer in Europa durch einen dynamischen, breit angelegten Reformprozess ermutigen und auf diese Weise bestätigen, dass sie den EU- Beitritt entschlossen und ernsthaft anstrebt.

2 Die Entscheidung des Europäischen Rates ist eindeutig: das gemeinsame Ziel der Verhandlungen mit der Türkei ist der Beitritt und keine Alternative wie eine „privilegierte Partnerschaft“ oder eine nicht näher spezifizierte „besondere Beziehung“. Derartige Konzepte würden die Türkei von der Teilnahme an dem politischen Entscheidungsprozess der EU ausschließen und im Vergleich zu ihrem jetzigen Status als assoziiertes Mitglied und Partner einer Zollunion nur wenig Mehrwert bieten. Dazu kommt, dass die Beitrittsverhandlungen von Natur aus auf die Mitgliedschaft gerichtet sind. Kein Land würde die vielen schwierigen Reformen auf sich nehmen, die nötig sind, um den *acquis communautaire* zu übernehmen, wenn nicht die vollständige Integration das Ziel ist. Wie bei anderen Verhandlungen gibt es jedoch keine Garantie dafür, dass das vereinbarte Ziel erreicht werden kann. In diesem Sinne handelt es sich bei den Beitrittsverhandlungen der Türkei tatsächlich um einen Prozess mit offenem Ausgang.

3 Nach dem goldenen Zeitalter der türkischen Transformation in den Jahren 2000-2005 ist es der Türkei nicht gelungen, das Tempo der Reformen beizubehalten. Die Verlangsamung war teils eine Reaktion auf negative Einstellungen gegenüber der Türkei und einen allgemeinen Richtungsverlust in der EU, andererseits aber auch auf die mangelnde Entschlossenheit der AKP und innenpolitische Störfälle im Land selbst zurückzuführen. Ein Komplott zum Sturz der Regierung, ein Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof zur Auflösung der AKP und die öffentliche Androhung einer Intervention des Militärs waren alle mit säkularistischen Gruppierungen in der Armee, im Gerichtswesen und in den politischen Parteien verknüpft. Derartige Probleme haben sich inzwischen gelegt und die Regierungspartei wurde 2007 und 2009 von der Wählerschaft nachdrücklich bestätigt. Die Regierung hat ein neues Nationales EU-Reformprogramm verabschiedet. Jetzt sollte sie ihre Versprechungen gegenüber der EU und der eigenen Bevölkerung einlösen, den Reformprozess erneuern und insbesondere eine neue Verfassung, einen funktionierenden Ombudsmann, uneingeschränkte Freiheiten für

religiöse Organisationen, Respekt für kulturelle Freiheiten und eine größere Meinungsfreiheit beschließen.

4 Die laufenden Gespräche zwischen den Führern der beiden Gemeinschaften in Zypern stellen die beste und wahrscheinlich letzte Chance dar, die Teilung der Insel zu beenden und zu einer für beide Seiten annehmbaren föderalen Lösung dieses langjährigen Konflikts zu gelangen. Ein positiver Ausgang würde nicht nur beiden Seiten erhebliche Vorteile bringen, sondern auch ein gefährliches Hindernis für den EU-Beitrittsprozess der Türkei beseitigen und die Stabilität in diesem Teil des Mittelmeerraumes erhöhen. Ein Scheitern der Gespräche hingegen würde wahrscheinlich zu einer langwierigen Teilung der Insel führen und sich für die EU als polarisierend herausstellen. Die EU-Verhandlungen mit der Türkei würden zum Stillstand kommen. Während die Hauptverantwortung für eine Einigung bei den beiden Gemeinschaften und ihren Führern liegt, sollten die europäischen Regierungen - besonders jene der Türkei und Griechenlands - all ihren Einfluss geltend machen, um die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Überdies muss die Türkei ihre Verpflichtungen gemäß dem Zusatzprotokoll einlösen und ihre Häfen für den griechisch-zypriotischen Verkehr öffnen. Gleichzeitig muss die EU ihre 2004 gegebenen Versprechen einlösen, die Isolierung der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft zu beenden und ihr den direkten Handel mit der EU gestatten.

5 Gestützt auf eine neue Offenheit und mehr Toleranz im Gefolge der EU-Reformen in der Zeit von 2000-2005 hat die regierende AKP mehr Fortschritte beim langjährigen Kurden-Problem der Türkei erzielt, als jede andere frühere Regierung. Die kurdische Kultur ist inzwischen breiter akzeptiert, ein staatlicher Fernsehkanal in kurdischer Sprache rund um die Uhr wurde Anfang des Jahres eröffnet und die Regierung hat mit der Umsetzung eines von der Weltbank unterstützten Programms zur Armutsbekämpfung begonnen. Alte Tabus im Umgang mit der Regionalregierung Kurdistans im Irak wurden beiseite gelegt und dadurch eine effektivere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der PKK herbeigeführt. Dies sind zweifellos positive Entwicklungen. Im Interesse der Stabilität der Türkei muss jedoch mehr getan werden und zwar mit größerer Dringlichkeit. Der einzige Weg, gefährliche

Spannungen zu beseitigen und das Problem ein für allemal an der Wurzel zu packen, besteht darin, den Kurden den vollen Gebrauch ihrer Sprache und den Respekt ihrer Identität zuzubilligen, echte Gleichheit für alle Bürger der Türkei sicherzustellen und dies mit nachhaltigen Bemühungen zu verbinden, die sozialen und wirtschaftlichen Schwächen im Südosten zu überwinden.

6 Die Bedeutung der geostrategischen Position der Türkei für Europa wird durch ihre Rolle als Drehscheibe für lebenswichtige Energielieferungen vom Kaspischen Meer, aus Zentralasien und dem Mittleren Osten unterstrichen. Überdies besitzt die Türkei das Potential, europäischen Volkswirtschaften einen leichteren Zugang zu den Märkten in zentralasiatischen Ländern zu bieten, wo sie nach wie vor über eine starke Präsenz verfügt, gestützt auf Geografie, Sprache und ethnische Bindungen. In den vergangenen Jahren hat es eine neue Regionalpolitik der Türkei ermöglicht, unerledigte Meinungsverschiedenheiten mit den meisten ihrer Nachbarn beizulegen und aktiv an Bemühungen um die Lösung von Krisen in der erweiterten Region mitzuwirken. Die Unabhängige Kommission ist der Überzeugung, dass die vollständige Integration der Türkei in Europa keineswegs zur weiteren Verwicklung der EU in gefährliche Situationen im Mittleren Osten und im Südkaukasus führen würde, sondern sie im Gegenteil befähigen könnte, besser zur Lösung dieser Probleme beizutragen und Stabilität in ihre unbeständigen Nachbarregionen zu projizieren.

7 Die türkisch-armenischen Beziehungen waren lange Zeit durch Meinungsverschiedenheiten über den Charakter der Massaker an Armeniern in der osmanischen Zeit, fehlende diplomatische Beziehungen, die Schließung der Grenze und – indirekt – durch den Berg Karabach-Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan belastet. Als Folge der Dynamik, die durch den EU-Kandidatenstatus der Türkei und die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen ausgelöst wurde, konnten in den meisten dieser Fragen Fortschritte erzielt werden. In der Türkei hat ein ernsthafter Prozess der Vergangenheitsbewältigung begonnen und die Ereignisse von 1915 werden jetzt offen diskutiert. Dabei handelt es sich allerdings um eine Aufgabe, die von der türkischen Gesellschaft selbst erledigt werden muss. Druck von außen, insbesondere Entschließungen ausländischer

Parlamente, die die Ereignisse von 1915 als Völkermord bezeichnen, sind kontraproduktiv und sollten vermieden werden. Was die bilateralen Beziehungen angeht, hat der Besuch von Präsident Gül in Eriwan im vergangenen Jahr den Weg für eine vollständige Normalisierung geebnet. Die Unabhängige Kommission ist der Meinung, dass beide Parteien diesen Weg zügig fortsetzen sollten, ohne ihn mit der Berg Karabach-Frage zu verknüpfen. Eine Beendigung der Isolation Armeniens und die Aufnahme freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Türkei und Armenien hätten sicherlich positive Auswirkungen auf diesen Konflikt, der sich beinahe zwei Jahrzehnte lang allen internationalen Vermittlungsbemühungen entzogen hat.

8 In den vergangenen Jahren hat die Bedeutung der Religion in der türkischen Gesellschaft zugenommen und die Einhaltung religiöser Praktiken und Traditionen durch die Gläubigen ist sichtbar geworden. Das säkularistische Establishment betrachtet diese Entwicklung als eine von der regierenden AKP angestiftete „schleichende Islamisierung“ und als Bedrohung des türkischen Säkularismus. Für andere ist sie die Konsequenz einer offeneren Atmosphäre, die mit der Weiterentwicklung der Türkei einhergeht, sowie der massiven Abwanderungen aus traditionell religiöseren ländlichen Gebieten in die Städte im Westen der Türkei. Für die überwältigende Mehrheit der Türken steht das säkulare System als einer der Hauptpfeiler der Türkischen Republik außer Zweifel und kein wichtiger politischer Faktor in der Türkei tritt für einen auf islamische Grundsätze gestützten Staat ein. Wie türkische Anhänger des EU-Beitritts betonen, würde eine feste Verankerung des Landes in Europa darüber hinaus den besten Schutz für den Säkularismus der Türkei darstellen und den Muslimen in Europa und in anderen Ländern der Welt die positive Erfahrung einer Modernisierung des Islams vor Augen führen.

9 Die individuelle Religionsfreiheit ist in der Türkei seit langem in Theorie und Praxis garantiert. Allerdings sind die nicht der Hauptströmung zuzuordnenden muslimischen Gemeinschaften sowie die sehr viel kleineren christlichen Kirchen mit etlichen Schwierigkeiten konfrontiert, von denen einige rechtlicher Natur sind. Die Regierung hat kürzlich Maßnahmen ergriffen, um die Situation zu verbessern. Dennoch ist ein entschlosseneres Vorgehen nötig, um diese Probleme zur vollen Zufriedenheit zu lösen.

Anhang

10 Die türkische Wirtschaft hat während der jüngsten globalen Finanzkrise erhebliche Widerstandskraft bewiesen. Keine Bank ist zusammengebrochen, was teils auf eine Marktberreinigung während einer inländischen Finanzkrise in den Jahren 2000 und 2001, teils auf strukturelle Umwandlungen zurückzuführen ist, die durch den Beitrittsprozess und ein strenges IWF-Programm ausgelöst worden waren. Bis 2008 ist die türkische Wirtschaft um durchschnittlich 7% gewachsen und hat Auslandsinvestitionen in noch nie da gewesener Höhe angezogen, in erster Linie von europäischen Banken und Unternehmen. Andererseits sind regionale Ungleichgewichte, der große Agrarsektor und eine hohe Arbeitslosenquote nach wie vor Anlass zu ernster Sorge.

11 Die Unabhängige Kommission ist nach wie vor von den großen Vorteilen einer Annäherung der Türkei an Europa und der eventuellen EU-Mitgliedschaft einer transformierten Türkei überzeugt, sowohl für das Land selbst als auch für die Europäische

Um eine Fortsetzung der Transformation der Türkei zu gewährleisten, muss ihre europäische Perspektive erhalten bleiben.

Union. Die beeindruckenden Fortschritte, die die Türkei in den letzten zehn Jahren auf allen Gebieten gemacht hat, hängen eindeutig mit dem EU-Kandidatenstatus und dem Beitrittsprozess zusammen. Um eine Fortsetzung der Transformation der Türkei zu gewährleisten, muss ihre europäische Perspektive erhalten bleiben. Niemand kann vorhersagen, wie der Beitrittsprozess ausgehen wird und ob das erklärte Ziel erreicht werden kann. Diesem Prozess eine faire Chance zu geben, ist jedoch eine Frage der Glaubwürdigkeit der EU, ihres Eigeninteresses und der Fairness, die allen Beitrittskandidaten zusteht.

Schlussfolgerungen des Berichts der Unabhängigen Türkei-Kommission 2004

1 Die Unabhängige Türkei-Kommission ist der Meinung, dass die Beitrittsverhandlungen eröffnet werden sollen, sobald die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen erfüllt hat. Ein weiterer Aufschub würde die Glaubwürdigkeit der EU beschädigen und als Verstoß gegen den allgemein anerkannten Grundsatz von „*pacta sunt servanda*“ (Verträge sind zu erfüllen) angesehen werden. Die Türkei muss, andererseits, akzeptieren, dass eine Erfüllung der politischen Kriterien die Implementierung aller vom Parlament verabschiedeten Gesetze einschließt. Die Beitrittskriterien sind für alle Kandidatenländer gleich und es kann keine Ausnahme in einzelnen Fällen geben. Ebenso verlangt es die Fairness, dass kein Kandidatenstaat strengeren Bedingungen unterworfen wird, als andere. Es obliegt nunmehr der Europäischen Kommission, zu beurteilen, ob die Einhaltung der Kriterien von Kopenhagen durch die Türkei jene kritische Masse erreicht hat, die für eine Empfehlung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen notwendig ist.

2 Was die europäischen Referenzen der Türkei betrifft, ist sie als ein eurasisches Land anzusehen, dessen Kultur und Geschichte eng mit Europa verbunden ist, mit einer starken europäischen Orientierung und einer europäischen Berufung, die seit Jahrzehnten von den Regierungen Europas akzeptiert wird. Darin unterscheidet sich die Türkei grundlegend von Ländern in der Nachbarschaft Europas, sowohl in Nordafrika wie im Mittleren Osten. Ihr Beitritt zur Europäischen Union würde daher nicht notwendigerweise als Modell für die Beziehungen der Union

mit diesen Staaten dienen. Grundsätzliche Einwände gegen die Einbeziehung der Türkei in den europäischen Integrationsprozess hätten 1959 vorgebracht werden sollen, als sie den ersten Antrag stellte, 1987, als sie sich zum zweiten Mal bewarb, oder 1999, bevor die Türkei den Kandidatenstatus erhielt. Keine Regierung kann behaupten, dass diese Entscheidungen, einschließlich der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen 2002 über die Beitrittsverhandlungen, nicht in voller Kenntnis aller Umstände gefällt wurden.

3 Bei der vom Europäischen Rat im Dezember zu treffenden Entscheidung geht es nicht um die Mitgliedschaft der Türkei in der EU, sondern um Eröffnung von Beitrittsverhandlungen. Dauer und Ergebnis werden vor allem von Fortschritten bei wirtschaftlichen Kriterien und dem *acquis communautaire* abhängen. Angesichts des Ausmaßes der Schwierigkeiten, welchen sich ein so großes und komplexes Land gegenüber sieht, sowie der Notwendigkeit einer Konsolidierung der Union nach Aufnahme von zehn neuen Mitgliedsstaaten, ist davon auszugehen, dass der Verhandlungsprozess längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Diese Periode bietet beiden Seiten die Möglichkeit, die dringendsten Probleme in Angriff zu nehmen und allfällige negative Effekte eines türkischen Beitritts abzuschwächen. In anderen Worten, zum Zeitpunkt einer endgültigen Entscheidung werden sich sowohl die Türkei als auch die Europäische Union grundlegend verändert haben.

4 Ein türkischer Beitritt würde sowohl der Europäischen Union als auch der Türkei erhebliche Vorteile bieten. Für die Union wären die einzigartige geopolitische Lage der Türkei an der Schnittstelle von Balkan, Mittlerem Osten, Südkaukasus, Zentralasien und darüber hinaus, ihre Bedeutung für die Sicherheit von Europas Energieversorgung und ihr politisches, wirtschaftliches und militärisches Gewicht ein großer Gewinn. Darüber hinaus könnte die Türkei als ein fest in der Europäischen Union verankertes muslimisches Land eine maßgebliche Rolle in den Beziehungen Europas mit der islamischen Welt spielen.

Für die Türkei wäre der EU-Beitritt die endgültige Bestätigung, dass ihre Jahrhunderte alte Ausrichtung auf den Westen richtig war und dass sie von Europa endlich akzeptiert wird. Die EU-Mitgliedschaft würde auch sicherstellen, dass die Transformation

des Landes in eine moderne demokratische Gesellschaft irreversibel geworden ist und die Türkei ihren Reichtum an menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen nunmehr voll ausschöpfen kann.

Ein Scheitern des türkischen Beitrittsprozesses würde nicht nur einen Verlust wichtiger Chancen für beide Seiten bedeuten. Es könnte auch zu einer ernststen Identitätskrise der Türkei führen und politische Unruhen sowie Instabilität an der Schwelle der Union zur Folge haben.

5 Trotz ihrer Größe und besonderen Charakteristika und obwohl ihre Mitgliedschaft zweifellos dazu angetan wäre, die Heterogenität der Union zu verstärken, ist es unwahrscheinlich, dass die Türkei die Europäische Union und ihre Institutionen grundlegend verändern würde. Ein türkischer Beitritt könnte die bestehenden Meinungsverschiedenheiten über die Zukunft der Integration zwar akzentuieren, würde aber keine qualitative Veränderung der Debatte hervorrufen. Es sollte auch nicht übersehen werden, dass der Entscheidungsprozess in der EU ständig wechselnden Allianzen unterliegt, und dass der politische Einfluss von Mitgliedstaaten mindestens ebenso sehr vom wirtschaftlichen Gewicht als von Größe und Bevölkerungszahl abhängt.

Was die Kosten einer Mitgliedschaft der Türkei betrifft, ist es wahrscheinlich, dass sie über viele Jahre hinweg finanzielle Unterstützung von Seiten der Europäischen Union beanspruchen wird. Die Höhe der Transfers hängt allerdings von den Finanzpolitiken der EU und der Wirtschaftslage der Türkei zum Zeitpunkt des Beitritts ab.

Ein gewisses Problem könnte in einigen europäischen Ländern im Zusammenhang mit der Ratifizierung eines türkischen Beitrittsvertrages entstehen, falls der öffentliche Widerstand anhalten und die Regierungspolitik weiterhin von der öffentlichen Meinung abweichen sollte. Dieses Problem muss in einer gemeinsamen Anstrengung der betroffenen Regierungen, der Türkei und der Europäischen Kommission angegangen werden.

Die beste Antwort auf die in Teilen Europas bestehenden Ängste betreffend unterschiedlicher religiöser und kultureller Traditionen sowie das Gefühl einer Gefahr, dass die Türkei ein

fundamentalistischer Muslimstaat werden könnte, liegt wohl darin, die Fortsetzung des Transformationsprozesses sicherzustellen und das seit Jahrzehnten bestehende säkulare politische System der Türkei durch eine feste Verankerung in der Union europäischer Demokratien zu schützen.

6 Die beispiellosen Reformbemühungen der türkischen Regierung und die breite Unterstützung einer EU-Mitgliedschaft durch die türkische öffentliche Meinung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die umfassende Transformation des politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Systems für die Türkei eine ungeheure Aufgabe darstellt. Es wäre falsch, den latenten Widerstand gegen so tief greifende Veränderungen in vielen Teilen der türkischen Gesellschaft zu unterschätzen. Die Fortführung der Reformen wird sohin in hohem Maße davon abhängen, ob die Dynamik des Beitrittsprozesses aufrecht erhalten werden kann.

7 Die Wirtschaft der Türkei war traditionell von makroökonomischer Instabilität und strukturellen Schwächen geplagt, von denen manche auch heute noch fortbestehen. Die Krise des Jahres 2001 hat allerdings die Widerstandskraft der türkischen Wirtschaft gezeigt und zu einer raschen Erholung sowie weitreichenden Reformen der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen geführt. Es ist nunmehr von ausschlaggebender Bedeutung, dass die türkische Regierung den wirtschaftlichen Reformprozess in enger Zusammenarbeit mit dem IWF und der EU weiterführt.

Angesichts der Größe des Landes, seiner geografischen Lage und der jungen, dynamischen Arbeitskräfte ist das Wirtschaftspotenzial der Türkei unbestreitbar. Es ebenso offensichtlich, dass die EU-Mitgliedschaft und die dadurch gegebene feste Verbindung mit einem stabilen System für die türkische Wirtschaft von größtem Vorteil wäre. Schon allein die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen würde das Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität der Türkei beträchtlich stärken.

8 Der Migrationsdruck aus der Türkei, welcher in einigen Ländern Sorge hervorruft, würde von mehreren Faktoren abhängen, darunter vor allem die wirtschaftlichen und

demografischen Entwicklungen sowohl in der Türkei als auch in der Europäischen Union. Die Freizügigkeit der Arbeitskräfte dürfte erst nach einer längeren Übergangszeit zur Anwendung kommen, sodass die Regierungen während vieler Jahre nach dem türkischen Beitritt die Kontrolle über Einwanderung beibehalten könnten. Auf Grundlage der Erfahrungen früherer Erweiterungsrounden ist davon auszugehen, dass die Einwanderung aus der Türkei relativ bescheiden sein wird. Und dies zu einem Zeitpunkt, in dem der Rückgang und die Veralterung der Bevölkerung in vielen europäischen Ländern zu einem ernststen Arbeitskräftemangel führen und die Einwanderung daher zu einer wesentlichen Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des derzeitigen großzügigen Sozialsystems machen würde.

9 Da die türkische Mitgliedschaftsfähigkeit in der EU in den vergangenen Jahrzehnten bei vielen Gelegenheiten bestätigt wurde, hat die Türkei allen Grund zur Erwartung, in der Union willkommen zu sein – vorausgesetzt, sie erfüllt die Beitrittsbedingungen. Die Unabhängige Türkei-Kommission ist daher der tiefen Überzeugung, dass die Türkei von der Europäischen Union in dieser Frage mit allem geboten Respekt, mit Fairness und Rücksicht behandelt werden muss.

